BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR, hiermit eröffne ich die heutige Sitzung. Ich stelle fest, daß die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde. Aufgrund der Anwesenheit der GR ist auch die Beschlußfähigkeit gegeben. Als Protokollprüfer sind Frau Anna Jeloucan und Herr Dieter Götz genannt. Beide nehmen diese Funktion an. Entschuldigt ist Herr GR Oppl Walter, er kommt aufgrund der Wahlen etwas später. Weiters entschuldigt ist GR Kurt Apfelthaler.

Zwischenruf: Frau GR Bauer ist erkrankt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Frau GR Bauer ist auch entschuldigt. Dies gehört dem Protokoll beigefügt.

Zwischenruf: Herr StR Holub kommt etwas später.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte? Herr StR Holub kommt etwas später? Den habe ich aber schon gesehen. Er ist wieder weggegangen, er kommt auch etwas später.

Ich begrüße herzlich die Vertreter der Presse sowie die Damen und Herren der Steyrer Bevölkerung. Unsere Sitzung beginnt mit einem Besuch unserer Freiwilligen Feuerwehr. Ich darf den Herrn Bezirkskommandanten Wallergraber, den Herrn Abschnittskommandanten Schrottenholzer und die Jugendfeuerwehrlaute herzlich begrüßen. Applaus. Bitte Herr Bezirksfeuerwehrkommandant.

BEZIRKSFEUERWEHR-KOMMANDANT GOTTFRIED WALLERGRABER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Leithenmayr, Frau Vizebürgermeister Mach, Herr Vizebürgermeister Pfeil, meine Damen und Herren des Stadt- und Gemeinderates. Sie werden sich sicherlich wundern, warum die Feuerwehr in diesen Räumen auftritt. Ich kann ihnen versichern, es brennt nicht. Es werden zwar in diesen Räumlichkeiten öfter Probleme besprochen, die gelöscht gehörten. Der Sinn und Zweck unseres Kommens ist der, daß wir uns bedanken möchten. Im vergangenen Jahr haben sie beschlossen, daß für unsere 36 Jungfeuerwehrmänner ein Mannschaftstransportfahrzeug angeschafft werden soll. Dieses Fahrzeug wurde am 1. Dezember übergeben. Dieses Fahrzeug wird unsere Jungfeuerwehrmänner zu Bewerbungen und Schulungen usw. bringen. Wir möchten uns bei ihnen dafür herzlich bedanken. Ich glaube, mit dieser Anschaffung haben sie einen guten Schritt gesetzt. Auch bei der Feuerwehr gilt der Grundsatz: Wer die Jugend hat, hat die Zukunft. Mit unseren 36 Jungfeuerwehrmännern haben wir bestimmt eine gute Zukunft. Herzlichen Dank. Beim Herrn Bürgermeister möchte ich mich dafür bedanken, daß er es uns ermöglicht hat, uns hier dafür zu bedanken. Meine Damen und Herren, ich wünsche ihnen frohe Weihnachten, und für das Jahr 1996 viel Erfolg. Das ist mein ganz besonderer Wunsch für sie alle.

MITGLIED DER FEUERWEHR RUPERT SPRINGER:

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Stadt- und Gemeinderates. Im Namen der Jugend möchte ich mich bei ihnen für das Jugendfahrzeug bedanken. Wir möchten uns nicht nur mündlich, sondern auch mittels eines Geschenkes bei ihnen allen bedanken. Ich bitte die Jungfeuerwehrmänner, diese Geschenke zu überreichen. Auch ich möchte ihnen frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr wünschen. Danke.

BEZIRKSFEUERWEHR-KOMMANDANT GOTTFRIED WALLERGRABER:

Schneller, die Gemeinderäte möchten gerne weitermachen. Zeit ist Geld. Ich möchte sie bitten, dem Feuerwehrbudget nichts wegzustreichen. Herzlichen Dank.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Herren von der Feuerwehr, wir bedanken uns für die nette Geste und die Glückwünsche an den Steyrer Gemeinderat. Wir sind bemüht, unsere Feuerwehr gut auszurüsten. Wir wissen, daß die Feuerwehr in dieser Stadt eine wichtige Rolle spielt. Die Feuerwehr steht uns zu jeder Tages- und Nachtzeit zur Verfügung. Sie schützt die Bevölkerung und unser Eigentum. Sie schützt uns bei Hochwasser, Bränden usw. Wir dürfen aber auch die unzähligen technischen Einsätze nicht vergessen. Wir begrüßen die zukunftsorientierte Denkweise unserer Feuerwehr. Die Jugendförderung ist sehr wichtig. Ich möchte mich bei ihnen, Herr Springer, besonders bedanken. Durch diese Jugendarbeit ist die Sicherheit der Bevölkerung auch für die Zukunft gesichert. Herzlichen Dank.

Somit können wir mit dem Pkt. 2), der Behandlung von allfälligen Anfragen beginnen. Diesmal wurden keine Anfragen gestellt. Zu den Mitteilungen des Bürgermeisters darf ich ihnen folgendes berichten. Bei der letzten Sitzung wurde eine Anfrage bzgl. der Kosten für den EU-Beitritt durch den Herrn Vbgm. Pfeil gestellt, nämlich warum hier kein eigener Budgetansatz vorgesehen ist. Nach einer Auskunft des Bundesministeriums für Finanzen betrug der EU-Beitrag sämtlicher OÖ. Gemeinden im Jahr 1995 S 635 Mio. Das ist ein Ergebnis der Finanzausgleichsverhandlungen. Entsprechend dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel entfielen auf das Bundesland OÖ ca. S 102 Mio. Dieser Betrag wird unter den 445 OÖ Gemeinden aufgeteilt. Somit ergibt sich für unsere Stadt ein EU-Beitrag von ca. S 3,8 Mio. Der Betrag wurde von den Bundesabgabenertragsanteilen, die über die Länder und die Gemeinden verteilt werden, abgezogen, sodass nur mehr ein verminderter Abgabebetrag überwiesen wurde. Aus diesem Grund erfolgt auch keine gesonderte Ausweisung im Voranschlag bzw. Rechnungsabschluß der Stadt. Ich hoffe, daß damit ihre Frage, Herr Vizebürgermeister, entsprechend beantwortet ist. Zur Arbeitsmarktlage im Bezirk Steyr kann ich folgendes vermelden: Die Gesamtsumme der arbeitslos vorgemerkten Personen im November 1995 verringerte sich in der Gegenüberstellung mit dem Vergleichsmonat des Vorjahres um 379 Personen oder 11,6 %. Der Gesamtstand der Arbeitslosen im November 1995 beträgt somit 2.891 als arbeitslos vorgemerkte Personen. Die Arbeitslosenquote ist gegenüber dem Vormonat mit 6,9 % gleich geblieben. Aufgrund der saisonalen Bedingungen sind diese Zahlen als sehr positiv zu sehen. Ich habe heute einen Brief des Herrn Landeshauptmannes erhalten. Es ist die Beantwortung meines Schreibens vom 21. November 1995. In diesem Schreiben ging es um die Sanierung unseres Hallenbades. Er schrieb mir, daß er seine Zusage, daß das Projekt Hallenbad Steyr in der Bäderkommission bevorzugt behandelt wird, halten wird. Er wird bei der nächsten Sitzung dieses Projekt vortragen. Weiters schreibt er, daß die Sanierungsmaßnahmen im Jahr 1996 erfolgen sollen. In diesem Zusammenhang teilte er mir mit, daß sich die Sanierungsraten des Landes über einen längeren Zeitraum erstrecken werden. Die Förderungshöhe und der Förderungszeitraum wird

gemeinsam mit den Referenten der Bäderkommission festgelegt. Es wurde uns zugesichert, daß das neuerlich geänderte Projekt in der Reihung des Bädersanierungskonzeptes belassen wird. Unser Projekt ist derzeit auf den 8. Platz gereiht. Durch die Änderung des Projektes müssen wir uns nicht wieder hinten einreihen. Wir können dieses Projekt als positiv erledigt betrachten. Mittlerweile gibt es einen Kostenvoranschlag. Auf der Basis des Kostenvoranschlages wird am 8. Jänner eine Begehung mit dem Landessportdirektor stattfinden. Ich hoffe, daß unser Förderungswunsch somit auch auf Landesebene akzeptiert wird. Das waren die Mitteilungen.

Zu Punkt 4) ersuche ich sie hiermit, die Beschlüsse des Stadtsenates zur Kenntnis zu nehmen. Die Unterlagen sind ihnen zugegangen.

Zu Beginn haben wir einen ausreichend unterstützten Dringlichkeitsantrag. Ich möchte ihnen diesen Antrag zur Kenntnis bringen. In diesem Antrag geht es um die Wohnungsvergaberichtlinien und deren Novellierung.

ad Wo-3011/92 Wohnungsrichtlinien - Novellierung; Dringlichkeitsantrag gem. § 18 Abs. 5 StS in Verbindung mit § 7 der Geschäftsordnung des GR der Stadt Steyr;

Die nachstehend unterzeichneten Mitglieder aller vier im GR der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen - das stimmt nicht mehr ganz, das hat man nur angenommen - stellen gem. § 18 Abs. 5 des StS 1992, in Verbindung mit dem § 7 der Geschäftsordnung des GR der Stadt Steyr und seiner Ausschüsse, nachstehenden Dringlichkeitsantrag und ersuchen, diesen in Verhandlung zu nehmen und gem. § 18 Abs. 5 des Stadtstatutes einer Beschlußfassung zuzuführen.

Der GR möge beschließen:

Die in der Anlage beigeschlossenen Wohnungsrichtlinien für den gemeinderätlichen Wohnungsausschuß werden mit Wirkung ab 1.1.1996 in Kraft gesetzt. Ab 1.1.1996 hat daher die Vergabe von stadteigenen Wohnungen (Häusern) und jener Wohnungen (Häuser), für welche der Stadt Steyr das Vorschlagsrecht seitens der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, gemeinnütziger Bau- und Siedlungsgesellschaften bzw. seitens sonstiger Hauseigentümer (Liegenschaftseigentümer) eingeräumt ist bzw. wird, ausschließlich nach diesen Wohnungsvergaberichtlinien durch den gemeinderätlichen Wohnungsausschuß der Stadt Steyr zu erfolgen. Die bisher in Geltung gestandenen Wohnungsrichtlinien für den gemeinderätlichen Wohnungsausschuß, Zahl Wo-3011/92, beschlossen in der Sitzung des GR vom 14. Mai 1992, treten mit Ablauf des 31.12.1995 außer Kraft.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es zum Thema Dringlichkeit Wortmeldungen? Der Referent Herr StR. Tatzreiter. Ich erteile ihm das Wort.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR, wertes Präsidium. Der Wohnungsausschuß bzw. alle Fraktionen haben sich geeinigt, daß bis zum Jahresende eine geänderte Vergabeordnung herausgegeben wird. Diese Verordnung soll auf den letzten Stand der Wichtigkeit bzw. der Förderrichtlinien gebracht werden. Wir müssen darauf achten, daß die Wohnungsvergaben auch im Einklang mit den Förderrichtlinien stehen. Diese letzte Fassung beinhaltet alle Punkte, die wir uns vorgenommen haben. Dieser Fassung gingen lange Diskussionen voraus. Alle Fraktionen - bei der

GAL gab es Probleme bei der Einladung - unterstützen diesen Antrag in der vorliegenden Form. Er wurde auch von allen unterzeichnet. Wir haben uns auf diese Fassung geeinigt. Der wesentlichste Punkt war die Punktevergabe bei der Höhe des Einkommens. Wir kamen zu dem Entschluß, daß das Einkommen parallel dazu bewertet wird. Es gab immer wieder lange Diskussionen bzgl. der Punktevergabe. Wir brauchten dafür sehr viel Zeit. Sehr oft gab es bei der Bewertung Probleme. Sehr oft war das Einkommen gleich der Miete. Die Vergabe einer Wohnung ist oft aufgrund der Mietenhöhe nicht möglich. Wir können die Mieten nicht vermindern, die Miethöhe ist abhängig von der Förderung. Aufgrund dieser Faktoren haben wir uns entschlossen, daß die Berechnung parallel dazu laufen soll. Es soll nicht in die Vorausbewertung eingetragen werden. Weiters kam der Vorwurf, daß die Wohnungsvergabe an Ausländer nicht gleich verläuft wie in Linz oder Wels. Dh, wir haben eine ähnliche Regelung. Wir haben auch 5 Jahre angenommen. Weiters haben wir die sozialen Aspekte weitgehend abgeändert. Wir haben die Wartezeit wesentlich geändert. Bei den alten Richtlinien brauchte man nur 5 Punkte erreichen. Bei den neuen Richtlinien muß man mind. 24 Punkte erreichen. Jetzt wird mehr auf die Wartezeit geachtet und weniger auf das Einkommen. Auch Leute mit hohem Einkommen brauchen oft schnell eine Wohnung. Die Fraktionssprecher haben sich auf den festgelegten Wortlaut geeinigt. Herr Dir. Lengauer oder Herr Götz, wir sind uns bei diesem Wortlaut einig. Wir haben nun die Möglichkeit, ab 1.1.1996 neue Richtlinien zu befolgen. Um mit diesen Richtlinien ab 1.1.1996 arbeiten zu können, wurde dieser Antrag als Dringlichkeitsantrag eingereicht. In diesem Zusammenhang bitte ich um ihr Verständnis und ersuche sie, diesen Antrag auch mit Dringlichkeit zu behandeln. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Weitere Wortmeldungen? Herr Vbgm. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des GR. Ich versuche zum Unterschied zu meinem Vorredner nur zur Dringlichkeit zu sprechen. Über den Hauptantrag können wir im Anschluß oder am Ende der Sitzung noch lange sprechen. So leichtfertig darf man mit der Dringlichkeit nicht umgehen. Plötzlich möchte man die Änderung der Richtlinie mittels Dringlichkeit beschließen bzw. im GR diskutieren. Seit einem Jahr wissen wir - aus welchen Gründen auch immer -, daß die Wohnungsvergaberichtlinien geändert werden müssen. Wir waren uns darüber einig. Ich bin damit nicht einverstanden, daß laufend Wohnungsausschüsse abgesagt werden. Plötzlich wird in der letzten Sitzung des GR ein so wichtiges Papier, mit dem Zusatz Dringlichkeitsantrag vorgelegt. Wenn die Richtlinien wenigstens 14 Tage vorher fertig gewesen wären, dann hätte es kein Problem gegeben. Bei einer kurzen Durchsicht der Unterlagen sind meine Kollegen auf Kleinigkeiten gestoßen, die im Ausschuß so nicht ausgemacht wurden. Darüber werden wir noch diskutieren. Zum Antrag selber möchte ich noch nicht sprechen. Es ist wirklich traurig, daß wir so einen Antrag mit einer Dringlichkeit versehen müssen, damit er noch in die letzte Sitzung hineinkommt. Wenn wir von gemeinsamer Arbeit sprechen, dann wäre es vielleicht möglich gewesen, daß die Richtlinien 14 Tage vor der Sitzung fertig gewesen wären. Danke sehr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Herr Kollege Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des GR. Wenn sich heute jemand aufregen dürfte, dann wir. Wir haben damals den Antrag zur Auflösung des Wohnungsausschusses gestellt. Wir erkennen die demokratische Entscheidung und arbeiten so wie es damals beschlossen wurde mit. Wir sind der Meinung, daß dieser Antrag der Dringlichkeit sehr wohl bedarf. Wir haben uns seit Mai mit dieser Sache beschäftigt. Am 20. November 1995 kam ein Schreiben von Herrn StR Tatzreiter, daß wir uns am 25. September 1995 über die künftigen Richtlinien unterhalten haben. Weiters schrieb er, daß wir nochmals über die Richtlinien reden sollten, so daß ein gemeinsamer und sinnvoller Beschluß gefaßt werden kann. Das war am 25. September. Wir möchten ab 1.1.1996 die Wohnungen nach den neuen Richtlinien vergeben. Wir möchten heute diesen Antrag stellen und unterstützen die Dringlichkeit.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Nicht der Fall. Wir kommen daher zur Abstimmung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkennt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Wer ist gegen die Dringlichkeit? Niemand. Stimmenthaltungen? 8 Stimmenthaltungen. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen und wird am Ende der Tagesordnung behandelt. Mit einfacher Mehrheit ist dies möglich. Bei einer 2/3 Mehrheit könnten wir ihn sofort behandeln. Bei uns werden die Dringlichkeitsanträge immer am Ende der Tagesordnung behandelt. Das tun wir aufgrund dieser Abstimmung auch in diesem Fall.

Damit übergebe ich den Vorsitz an die Frau Kollegin Mach.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und übergebe das Wort an den Herrn Bürgermeister.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des GR, mein erster Antrag beschäftigt sich mit dem Nachtragsvoranschlag 1995. Es entspricht einer sehr langen Tradition, die in anderen Gemeinden auch anders gehalten wird, gegen Ende des Jahres einen Nachtragsvoranschlag vorzulegen. Dieser hat im wesentlichen die Aufgabe, einen Ausgleich zw. den Mehr- und Minderausgaben herzustellen. Es soll unter dem Strich ein geordneter Haushalt herauskommen. Grundsätzlich kann berichtet werden, daß wir in der Nähe des Budgetplans liegen. Es hat sich eine Erhöhung im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt ergeben. Insgesamt kann man sagen, daß der im ordentlichen Haushalt präliminierte Abgang von S 41,7 Mio auf S 37,7 Mio. gesunken ist. Hätten wir nicht einmalige Gewerbesteuerückzahlungen von netto S 7 Mio zahlen müssen, dann hätte sich der Abgang auf S 30 Mio reduziert. Im ord. Haushalt haben wir Mehreinnahmen bei der Kanalbenützungsgebühr, der Kommunalsteuer, der Kanalanschlußgebühr und der Getränkesteuer erzielt. Mindereinnahmen wurden bei den Leistungserlösen der Mülldeponie und den Beiträgen des Landes für die Müllbeseitigung erzielt. Grund dafür ist die Realisierung der Verpackungsverordnung in Steyr. Die Steyrer trennen den Müll bekanntlich sehr gut. Darüber freue ich mich besonders. Dadurch entsteht ein geringeres Volumen an Hausmüll. Ebenso haben wir Mindereinnahmen bei den Strafgeldern. Das ist eigentlich ein erfreulicher Zustand, wenn er sich auch negativ im Haushalt auswirkt. Offensichtlich verhalten sich die Verkehrsteilnehmer disziplinierter im Straßenverkehr, als bisher.

Mehrausgaben gegenüber dem Budgetvoranschlag finden wir bei der Gewerbesteuerrückzahlung sowie bei den Beiträgen für den RHV. Zu Minderausgaben kam es auch beim Krankenanstaltenbeitrag sowie bei den laufenden Barleistungen zur Sozialhilfe. Im außerord. Haushalt ist eine Erhöhung festzustellen. Der budgetierte Betrag von S 184,4 Mio ist auf S 230,6 Mio, also um S 46,2 Mio gestiegen. Diese Erhöhungen haben sich größtenteils durch Verschiebungen aus dem Jahr 1994 ins Jahr 1995 ergeben. Wir haben im März im GR einen Übertragungsbeschuß in der Höhe von S 46,7 Mio. gefaßt. Aus technischen Gründen liefen Projekte über das Jahr. Auch aus verrechnungstechnischen Gründen haben sich Verzögerungen ergeben. Finanztechnisch kann so etwas nur mittels Übertragungsbeschlüssen abgewickelt werden. Für die Bedeckung des ursprünglich geplanten außerordentl. Haushaltes konnte durch verschiedene Einnahmen die Darlehensaufnahme von S 113,6 Mio, auf S 99,6 Mio reduziert werden. Zuzüglich der notwendigen Kreditaufnahmen in Höhe von S 38,7 Mio für die auf 1995 übertragenen Vorhaben ergibt sich im Nachtragsvoranschlag eine Gesamtdarlehenshöhe von S 138,3 Mio. Zum Darlehens- und Rücklagenstand kann berichtet werden, daß es in diesem Nachtragsvoranschlag so ist, daß die gleichzeitige Ausgleichung S 63,2 Mio, der Darlehensstand der Stadt Steyr mit Ende 1995 insgesamt S 770,3 Mio ist, was gegenüber dem Budgetansatz 1995 eine Verringerung um S 8 Mio bedeutet. Der Rücklagenstand beträgt S 54,6 Mio, somit sind das um S 4 Mio mehr, als für 1995 ursprünglich vorgesehen war. Dies waren die wichtigsten Abweichungen und Änderungen, die sich gegenüber dem Budget 1995 ergeben haben. Ich darf ihnen nun den Antrag des Stadtsenates an den GR vortragen.

1) Fin-110/95 Nachtragsvoranschlag 1995

Der GR möge beschließen:

Der Beschluß des GR der Stadt Steyr vom 21. Dezember 1994, Fin-160/94, womit der Voranschlag 1995 genehmigt wurde, wird im Sinne des beiliegenden Nachtragsvoranschlages für das Jahr 1995 wie folgt abgeändert:

1) Der ordentliche Haushalt:

die Gesamteinnahmen von S 936.196.000,-- auf S 973.812.000,--,

die Gesamtausgaben von S 936.196.000,-- auf S 973.812.000,--, somit ausgeglichen.

2) Der außerordentliche Haushalt:

die Gesamteinnahmen von S 184.381.000,-- auf S 230.622.000,--, die Gesamtausgaben von S 184.381.000,-- auf S 230.622.000,--, somit ausgeglichen.

Die übrigen Bestimmungen des Gemeinderatsbeschlusses vom 21. Dezember 1994, betreffend den Voranschlag für das Jahr 1995, bleiben unverändert.

Ich ersuche, über diesen Nachtragsvoranschlag abstimmen zu lassen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke sehr. Wortmeldungen? Herr GR Spöck.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte KollegInnen des GR. Der Nachtragsvoranschlag ist ja als eine Art Ergänzung des Voranschlages, den wir letztes Jahr beschlossen haben, zu sehen. Bei den letzten Verhandlungen war es besonders erfreulich, daß es nach tagelangen Verhandlungen gelungen war, gerade bei den Personalausgaben einen passenden Weg zu finden, Kosten einzusparen. Laut Punkt 5.5) des gemeinderätlichen Zusatzantrages soll bis Ende 1995 ein System zur Bewertung der Dienstposten gefunden werden. Ebenso sollten lt. Punkt 6) dieses Zusatzantrages die Beförderungsrichtlinien unter dem Gesichtspunkte der Sparsamkeit bis zum 30. Juni 1995 novelliert werden. Für die gesamten Einsparungen bei den Personalkosten sollte lt. Punktation über die Budgetklausur vom 3., 4., 8., 15. Dez. 1994 zur näheren Ausformulierung und Ausarbeitung eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der einzelnen Fraktionen und des Magistrates eingesetzt werden. Leider kam diese Arbeitsgruppe nie zustande. Die Auswirkungen dazu haben wir im letzten Personalbeirat zu spüren bekommen. Der Kollege Spanring, in seiner Funktion als neuer Ausschussvorsitzender, hatte es in der letzten Sitzung nicht leicht. Dinge, die unser Kollege Zagler versäumt hat, wirken sich jetzt voll aus. Bei Personalfragen ist er wirklich 1994 zurückgetreten. Auch unser Herr Bürgermeister ist nicht ganz von der Schuld freizusprechen. Ich habe ihn mittels einer Anfrage im Mai auf diesen Zustand hingewiesen. In der Personalbeiratssitzung konnten oft sehr wichtige Punkte nicht besprochen werden. Ein Beispiel dafür ist die Einführung von Stellenbewertungen. Hier wurde uns zwar ein Konzept vorgelegt, das aber mit Sicherheit nochmals überarbeitet gehört. Weitere Beispiele dafür sind die Beförderungsrichtlinien, die VB-Ordnung oder die Computerzulage. Diese Punkte sollten in dieser Arbeitsgruppe behandelt werden. Die PV wollte mitarbeiten. In der letzten Personalbeiratssitzung kam es dann aber anderes. Man könnte sagen, die PV hat den Vogel abgeschossen. Die Sitzung war an einem Mittwoch. Sie dauerte über Dienstschluss hinaus. Um 13.00 Uhr kam ein Antrag seitens der PV über Bezahlung von Überstunden der anwesenden Bediensteten. Man wollte dies für den Herrn Magistratesdirektor, für seine VB und seine Mitarbeiterin. Die betroffenen Beamten waren genauso erstaunt wie ich. Sie lehnten diese Zahlung ab, da sie eine Pauschale beziehen. Mir war, als sei der 11.11. um 11.11 Uhr. Die Situation war aber leider zu ernst. Ich hoffe, daß sich die PV in Zukunft mehr Zeit zum Überlegen nimmt. Immerhin sind es ja drei Personen, die vom Dienst freigestellt sind. Dies ist sicherlich gesetzlich festgelegt, moralisch aber eher bedenklich. Wertes Präsidium, werte KollegInnen des GR, wir werden dem Nachtragsvoranschlag aus zwei Gründen zustimmen: 1) Weil wir dem Voranschlag zugestimmt haben. 2) Weil wir bei wesentlichen Beschlüssen unsere Zustimmung gegeben haben. Somit soll auch der Nachtragsvoranschlag unsere Zustimmung finden. Eines möchte ich zum Budget 1996 sagen. Wenn unsere Anliegen besonders bei den Personalfragen keine Berücksichtigung finden, werden wir dem Budget 1996 nicht zustimmen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich den Herrn Bürgermeister an ein Schreiben unserer Fraktion erinnern. Dieses Schreiben wurde am 23. Oktober 1995 abgeschickt. In diesem Schreiben urgierten wir das geforderte Bewertungssystem, die Novellierung der Beförderungsrichtlinien und die Erstellung eines mittelfristigen Finanzkonzeptes. Diese Dinge wurden bis heute noch nicht erledigt. Ebenso fordern wir in den einzelnen Fachabteilungen eine Kostentransparenz (Personalaufwand, Sachaufwand). Ebenso möchten wir den genauen Mitarbeiterstand in den einzelnen Geschäftsbereichen wissen. Weiters sollten die Dienstleistungsbetriebe der Stadt Steyr auf ihre Effizienz durchforstet werden. Es sind sämtliche Fremd- und Eigenkosten zu erfassen. Die Stadtwerke, der GB VII, der GB VIII und der GB V gehören auf ihre Effizienz überprüft. Weiters fordern wir, daß die Personalkosten folgendermaßen aufgegliedert werden: Grundgehalt, Nebenkosten und Zulagen. Weiters fordern wir die Bekanntgabe des Kostenfaktors von Magistratesbediensteten. Nun sind sie am Zug, Herr Bürgermeister. Wenn sie es ehrlich meinen, dann bekommt das Budget 1996 unsere Zustimmung. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER FRIEDERIKE MACH:

Weitere Wortmeldungen? Herr Vbgm. Pfeil.

Herr StR. Holub kommt um 14.57 zur Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich möchte etwas zu den letzten Worten des Herrn GR Spöck sagen. Ich dachte mir jetzt, da wird sich die SPÖ aber fürchten, wenn die ÖVP solche Drohungen ausspricht. Die ÖVP hat schon im Stadtsenat alles kritisiert, aber die SPÖ braucht sich trotzdem vor der ÖVP nicht fürchten. Die ÖVP sitzt im selben Boot wie die SPÖ. Da fährt die Eisenbahn darüber. Nicht einmal die Wahl zeigte uns die Notwendigkeit einer tatsächlichen Veränderung in Steyr auf. Ich glaube, Herr Spöck sie erkennen bereits das Problem - sie sind ja ein intelligenter Mensch -, ich kann ihnen zu 99 % zustimmen. Aber ihre Partei macht nichts dagegen, sie stimmt dann trotzdem wieder allem zu. Ich möchte ihnen sagen, warum wir dem Nachtragsvoranschlag nicht zustimmen. Es wurden einige wesentliche Punkte, die in der Budgetklausur 1994 vereinbart wurden, nicht eingehalten. Es waren drei sehr wesentliche Punkte. Es war erstens das Verlangen nach einem Protokoll. Wenn man rund 100 Stunden verhandelt, muß man doch über die wichtigsten Punkte ein Beschlussprotokoll bekommen. Hier kam es nur zu dieser berühmten Punktation. Wenn wir unsere Finanzen in Ordnung bringen möchten, dann brauchen wir unbedingt ein mittelfristiges Finanzkonzept. Dafür wurde auch der 1. März 1995 vereinbart. Dieser Termin sollte gleichzeitig der Startschuss für die Budgetverhandlungen 1996 sein. Es passierte nichts. Es kam nur der jährliche Brief unseres damaligen Finanzreferenten, in dem wir aufgefordert wurden, unsere Budgetwünsche bekannt zu geben. Der Budgetvoranschlag war der zweite Punkte. Hier wurde vereinbart, daß er erst nach der ersten Klausurtagung gemacht wird, nämlich dann, wenn wir uns über die Rahmenbedingungen einig sind. Keine Kreditüberschreitungen, das war der dritte Punkt, der nicht eingehalten wurde. Ich habe es hier im GR bei jedem Antrag gesagt, im Prinzip bin ich dafür, aber wegen der Kreditüberschreitung enthalte ich mich der Stimme. Wenn kein Geld da ist, muß man zu Projekten auch nein sagen können. Wir müssen es lernen, nein zu sagen. Wir haben letztes Jahr fast einen ½ Tag über die Förderung „Drehscheibe-Kind“ gesprochen. Wir haben uns diese Sache nicht leicht gemacht. Wir stellten fest, daß wir uns nicht einmal eine Förderung von S 50.000,- leisten können. Alle waren dafür - außer der GR Apfelthaler, der sich für diese Förderung stark gemacht hat -, daß wir uns diese Förderung nicht leisten können. Kurz vor der Budgetbeschlussfassung kam der Antrag, daß wir die S 50.000,- doch dazunehmen. Meine Meinung ist, daß man das Budget als Ganzes sehen muß. Man kann nicht einzelne Dinge herausnehmen. Die „Drehscheibe-Kind“ ist eine wichtige Sache. Man muß hier prüfen, ob wir nicht einige Vereine zusammenlegen können, um Personalkosten zu sparen. Natürlich ist das Projekt „Drehscheibe-Kind“ sehr wichtig. Es ist auch wichtig, daß Aufgaben der Stadt an Private vergeben werden. Man kann aber keine Förderungen vergeben, wenn man kein Geld hat. Ich könnte 20 Kulturvereine nennen, bei denen niemand gegen eine Förderung ist. Auch das besprochene Raumkonzept liegt bis heute noch nicht vor. Auch die bereits erwähnten Beförderungsrichtlinien liegen noch nicht vor. Auch die Kontrolle der nicht mehr zeitgemäßen Privilegien wurde noch nicht durchgeführt. Z.B. Sonderurlaube, hier könnte man S 1-3 Mio einsparen. Auch die Planstellenbewertung ist noch nicht in Ordnung. Eine besonders wichtige Forderung, nämlich die Transparenz des Budgets, wurde auch noch nicht erfüllt. Ich komme nochmals auf die „Drehscheibe-Kind“ zu sprechen. Hier wurde ebenfalls Budgetakrobatik betrieben. Diese Aktionen haben mit Budgettransparenz nichts zu tun. Das Projekt „Drehscheibe-Kind“ müßte im Stadtsenat oder im GR behandelt werden, da eine Kreditüberschreitung notwendig wurde. Dazu kam es nicht, da das Geld von einer anderen Kostenstelle genommen wurde. Diese S 50.000,- waren deshalb auf diesem Konto, weil wir anderen Vereinen weniger ausbezahlt haben. Das ist unehrlich. Bei einem transparenten Budget müßte man diese 10 % Kreditsperre extra ausweisen und dem Gesamthaushalt zurückführen. Das wäre der richtige und transparente Weg. Somit wäre das Budget les- und überschaubar. Der Kollege Spöck sprach auch von drei Freistellungen bei unserer PV. Es kommt auch noch die 90 %ige Tätigkeit des Obmanns dazu. Auch hier wurde vereinbart, einen

Ersatz für die Kultur zu finden. Nichts ist passiert. Es wurde auch über div. Liegenschaft diskutiert. Heuer diskutieren wir wieder darüber, welche Objekte wir verkaufen könnten, welche Objekte wir nicht mehr brauchen usw. Solche Entscheidungen sind auch von einem Raumkonzept abhängig. Beides haben wir noch nicht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Kommen sie bitte zur Sache.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD PFEIL:

Ich spreche zur Sache.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Bitte sprich zur Sache, Liegenschaften gehören jetzt nicht zum Thema. Nein.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Liegenschaften gehören zum Budget. Kann ich jetzt weitersprechen? Im präliminierten außerordentlichen Haushalt 1995 sprach man von S 150 Mio. Abgestimmt haben wir über S 180 Mio. Wenn weitere Erhöhungen auftreten, müssen wir Sonderbeschlüsse im GR fällen. Meines Wissens ist nur ein Beschluß gefaßt worden. Es wurden nicht alle Erhöhungen im außerordentlichen Haushalt beschlossen. Ich bin mit diesem Nachtragsvoranschlag nicht einverstanden. Der Herr Bürgermeister hat es sich etwas leicht gemacht, er hat nur die positiven Zahlen vorgelesen. Wenn man die Darlehensaufnahmen, die er uns vorgelesen hat, mit den tatsächlichen Zahlen vergleicht, kommt man auf andere. Man kann eine deutliche Erhöhung erkennen. Im Voranschlag sprachen wir von S 113 Mio, im Nachtragsvoranschlag sprechen wir jetzt von S 124 Mio. Auch der Sparkassenfond hat sich um S 9 Mio erhöht. Wenn wir so weiter „wurschteln“, dann ist die Stadt Steyr Ende 1996 pleite.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herr GR Vanek bitte.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Bei diesem Nachtragsvoranschlag kann man deutlich die Prioritäten der Verantwortlichen der Stadt erkennen. Sie liegen deutlich im Baubereich und nicht im Sozialbereich. Dazu möchte ich ihnen nur ein Beispiel nennen. Das Sozialamt gab für laufende Sozialleistungen um S 1 Mio weniger aus. Diese Summe setzt sich aus folgenden Posten zusammen - man konnte dies sehr gut in den OÖ

Nachrichten lesen: S 350.000,-- weniger Landeszuschuss, S 650.000,-- Ausgabenminderung bei den Sozialhilfeempfängern. Diese S 650.000,-- gliedern sich auf in S 550.000,-- und S 150.000,-- (Einmalbezieher). Es wäre schön gewesen, wenn wir durch eine richtige Sozialpolitik die Anzahl der Bedürftigen verringert hätten. Es leben lt. Berechnung der Caritas ca. 5000-7000 Menschen unter der Armutsgrenze. Das ist fast jeder 5. in Steyr. Ich glaube nicht, daß sich diese Zahl bereits verringert hat. Heuer gibt es meiner Meinung nach andere Gründe, warum weniger Sozialhilfe ausbezahlt wurde. Es liegt sicherlich an der anhaltenden Sozialschmarotzerdebatte, die ein schlechtes Klima verursacht. Es gibt sicher einige Leute, die sich dadurch schämen, auf das Sozialamt zu gehen. Oder liegt es am Sozialamt selber, das rigoros die Sozialhilfe kürzt. Ich kann es nicht genau sagen, ich kenne die Detailzahlen nicht. Vielleicht kann uns die Sozialreferentin, Frau Vbgm. Mach, darüber Auskunft geben. Diese nicht verbrauchten Mittel blieben nicht für den Sozialbereich, sondern flossen einfach in das Budget. Damit wurden andere Dinge bezahlt. Ich glaube, Frau Mach hat versäumt, darauf hinzuweisen, daß es auch andere Ausgaben im Sozialbereich gibt. Im Juni oder Juli haben wir beschlossen, Streetworker einzustellen. Seitens der Landesregierung gibt es die Zusage, daß 2/3 der Kosten für Sozialarbeiter übernommen werden. Das wären S 600.000,-- von S 900.000,--. Den Restbetrag von S 300.000,-- hätte die Stadt aufbringen müssen. Diesen Betrag hätten wir mit dem nichtverbrauchten Geld bezahlen können.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das ist im Budget 1996. Juli ...

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Wenn man das letzte Quartal betrachtet, merkt man, daß S 100.000,-- übrig sind. Die hätte man dazu auch verwenden können.

Unverständlicher Zwischenruf.

GEMEINDERAT MARCO VANEK

Es hätte noch mehr Möglichkeiten gegeben, wo wir dieses Geld einsetzen hätten können. Ich möchte jetzt nicht weiter ins Detail gehen, aber so manche Dinge liegen auf der Hand. Es liegt nicht immer am mangelnden Geld, sondern sehr oft auch am fehlenden Willen. Die Bereitschaft zur Veränderung ist in diesem Haus nicht sehr groß. Wir hätten sonst mehr Geld in den Sozialbereich gesteckt und nicht in den Baubereich. Dieser Nachtragsvoranschlag enthält einige Punkte, denen wir bereits zugestimmt haben - z.B. Umbau Altersheim - , aber trotzdem kann ich heute dem gesamten Werk meine Zustimmung nicht geben. Es wurden hier die Prioritäten falsch gesetzt. In Zeiten wie diesen dürfen wir nicht nur an den Baubereich denken, sondern auch an den Sozialbereich.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir sparen uns eigentlich nichts, wenn ich hier eine Stellungnahme abgebe. Wir haben eine Erhöhung von Sozialhilfeempfänger von 1993 auf 1994 von ca. 6 %. Darum wurde der Voranschlag

höher ... Aber 1995 war eine Erhöhung von 2,5 %. Das ist eigentlich mehr, es sind einige Sozialhilfeempfänger gestorben.

VIZEBÜRGERMEISTERN FRIEDERIKE MACH:

Herr StR Spanring bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des GR. Grundsätzlich bekenne ich mich zu meinem Vorredner. Im Rahmen der Budgetklausur wurde vereinbart, daß Arbeitsrichtlinien erarbeitet werden sollen. Im laufenden Jahr wurden sie nicht erarbeitet, sie liegen jetzt zwar in Form von Vorschlägen auf, was trotzdem noch keine Garantie für Einsparungen ist. Mit einem Protokoll alleine kann ich noch nichts einsparen. Im Gegenteil, wenn ich 100 Stunden protokollieren lasse, kostet dies auch einiges. Ich habe dann zwar das Protokoll, aber ich habe mir noch keinen Schilling gespart. Wenn man dieser Runde zuhört, könnte man glauben, daß im letzten Jahr am Magistrat überhaupt nichts passiert ist. Dem ist sicherlich nicht so. Ich möchte nur einige Einsparungszahlen nennen. Bei den Personalkosten haben wir S 23 Mio. eingespart. Dies wurde durch Mitarbeiter des Magistrates erreicht. Wir haben auch um 45 Bedienstete oder 5,08 % weniger. Dies sind Zahlen, die sich sehen lassen können. Sie beweisen, daß Einsparungen ernstgenommen werden. Die ersten Zeichen haben wir jetzt bereits gesetzt, und nun können wir unsere Vorhaben weiter verfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächste Wortmeldung, Frau GR Lohnecker.

GEMEINDERÄTIN BRIGITTE LOHNECKER:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich finde, es ist sehr schwer, für Steyr zu arbeiten. Die Zusammenarbeit ist oft nur sehr schwer bis gar nicht möglich. Auch mich verärgert es, wenn Versprechungen nicht eingehalten werden. Ich fühle mich oft verschaukelt, wenn man Briefe vom Magistrat bekommt. Es macht mich einfach unzufrieden. So ging es mir auch, als ich diesen Nachtragsvoranschlag gesehen habe. Ich dachte mir, das darf es nicht geben. Aber nach genauer Durchsicht der Posten musste ich erkennen, daß ich dem APT, dem Wirtschaftshof usw. zugestimmt habe. Ich habe einen Großteil der Entscheidungen mitgetragen. Ich werde diesem Nachtragsvoranschlag zustimmen - wenn auch mit schwerem Herzen - , weil ich auch während dem Jahr zugestimmt habe. Das neue Budget werde ich mir ganz genau ansehen, bevor ich zustimmen werde. Sollten die Versprechungen dieses Jahr nicht erfüllt werden, werde ich dem Budget nicht zustimmen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Nicht der Fall, Herr Bürgermeister, daß Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Jeder Betrag über S 10.000,-- muß entweder im Stadtsenat oder im Gemeinderat beschlossen werden. Alle Beträge über S 100.000,-- bzw. S 500.000,--.

Zwischenruf Dr. Pfeil: Da geht es um Geld.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das bestreite ich auch nicht. Diese Beträge sind natürlich auch im Budget. Ich habe unser Statut nicht verfasst. Die Regelung über den außerordentlichen Haushalt hat der GR beschlossen. Bei diesen Statutenverhandlungen war ich nicht dabei. Er hat immer gesagt, er hat das Statut verhandelt. Es gibt Posten, bei denen der innere Dienst beauftragt ist, diese im Rahmen des Budgets abzudecken. Die Beschlüsse dazu wurden auch im GR gefaßt. Wir müssen uns im klaren sein, daß wir über Veränderungen im Nachtragsvoranschlag sprechen. Die Veränderungen sehen so aus, daß wir S 4 Mio weniger Abgang haben. Wir haben es als Sparbudget bezeichnet. Wir haben 100 Stunden dafür gearbeitet. Dieses Sparbudget haben wir mit S 4 Mio unterboten. Der Darlehensstand wurde mit S 8 Mio unterboten. Wir haben Einsparung beim Personal in der Höhe von S 23 Mio budgetiert. Das müssen wir natürlich auch einhalten. Es wurden 5,8 % der Beschäftigten bereits abgebaut. Die wurden nicht mehr ersetzt. Das habe ich dem Generaldirektor der Verbundgesellschaft erzählt - der führt auch so ein Sparprogramm durch - und er war darüber sehr überrascht. Er hat uns zu dieser Leistung gratuliert. So einfach ist das nicht. Diese Situation war auch aus organisatorischen Gründen eine große Herausforderung. Diese Entwicklung möchten wir auch fortsetzen. Natürlich nur bis zu einem gewissen Grad. Bei weiteren Veränderungen müssen wir auch Leistungseinschränkungen akzeptieren. Dann müssen wir uns aber einigen, auf welche Leistungen wir verzichten. Die Bürger unserer Stadt kommen jeden Tag und fordern neue Aufgaben, die von der Stadt übernommen werden sollen. Unsere Bürger vergessen oft, daß die Erfüllung dieser Forderungen auch Geld kostet. Wir beim Magistrat haben keine Geldproduktion. Diese Probleme hat nicht nur Steyr. Wie wir wissen, haben auch andere Städte Probleme. Das Magistrat Wels beschließt heute das Budget.

Zwischenruf Dr. Pfeil: Das sieht wesentlich besser aus.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Auch wir hätten heute unser Budget beschließen können, Herr Kollege. Man wollte heute nicht, man wollte erst im Jänner. Mir soll es recht sein. Mir wäre es vor Weihnachten lieber gewesen. Das die Stadt ein Budget braucht, scheint den meisten klar zu sein. Wir haben noch genug Zeit, über das Budget zu diskutieren, z.B. am Samstag. Ich möchte heute keine vorgezogene Budgetdebatte abhalten. Im letzten Personalbeirat wurde ein Entwurf zur Dienstpostenbewertung vorgelegt. Das ist ein schwieriges Unterfangen. Die Bewertung von Dienstposten, Planstellen und Arbeitsplätzen wird nicht zum erstenmal durchgeführt. Was wir zum erstenmal machen, ist anderswo ein durchaus üblicher Vorgang. Der Zeitaufwand dafür liegt bei ca. 2 Jahren. So einfach ist so ein Vorhaben nicht. Es wurde auch ein Entwurf zu den Beförderungsrichtlinien vorgelegt. Bereits im Frühherbst wurde ein Entwurf dem Personalbeirat vorgelegt. Dort fand er aber keine Zustimmung. Auch in diesem

Punkt sind wir als Stadt Steyr nicht alleine. Unsere Beförderungsrichtlinien - ich bin kein Spezialist in Sachen öffentl. Recht - orientieren sich an denen des Landes OÖ. Diese Richtlinien gelten für alle 445 Gemeinde in OÖ. Hierbei handelt es sich um Vereinbarungen, die man einseitig nicht verändern kann. Hier gibt es verschiedene Vertragspartner. Wir haben uns sehr bemüht, daß wir unser Ziel erreichen, lieber Herr Spöck. Wir liegen mit dem gesamten Zahlenwerk im Plan. Änderungen wird es immer geben. Ich stimme ihnen zu, Herr Dr. Pfeil, wenn sie sagen, daß eine Kreditüberschreitung unangenehm ist. Jede Kreditübertragung ist in Wirklichkeit ein punktueller Nachtragsvoranschlag. In manchen Gemeinden werden zwei oder drei Nachtragsvoranschläge gemacht. Das könnten wir auch tun. Bisher wurde das nicht so praktiziert. Es lässt sich nicht alles budgetieren. Es treten plötzlich Dinge auf, über die der GR entscheiden muß. Das gibt es in jedem Betrieb, daß eine plötzliche Gefahr auftritt. Im Baubereich gibt es öfter Überschreitungen. Es kann sich immer während des Baues herausstellen, daß sich etwas verändert. Mit dem müssen wir leben. Es gibt noch keine „Wunderplaner“, bei denen von Anfang an alles stimmt.

Zwischenruf von Dr. Pfeil: Bleiben wir sachlich, „Wunderplaner“ haben wir alle nicht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Schauen sie, sie haben wieder einmal recht. Werfen sie das bitte nicht einer Fraktion im Rathaus vor.

Zwischenruf Dr. Pfeil: Ich habe gesagt, daß ist so super, daß wir diesen Betrag okay finden ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die Schleife, die sie jetzt machen, führt in eine ganz andere Richtung. Wir haben dem Ingenieurbüro, welches das Gutachten abgegeben hat, einige S 100.000,- bezahlt. Das wurde von keinem Unwissenden gemacht, sondern von einem Fachbüro. Dieses Büro hat uns nicht darauf aufmerksam gemacht, daß das Dach kaputt ist. Das wurde erst später festgestellt. Werfen sie das dann aber nicht dem Bürgermeister vor. Ich sage auch nicht, daß sie an dem kaputten Dach schuld sind. Man muß auf ein Fachgutachten vertrauen können. Das ist deren Geschäft. Wenn dann ein Fachgutachten nicht hält, kann ich auch nichts machen. Sie als Tierarzt und ich als gelernter Schlosser können das nicht beurteilen. Hier muß ich mich auf die Fachleute verlassen können. Meine Damen und Herren, wir müssen uns bemühen, in gewissen Bereichen zu sparen. Es darf aber zu keiner Einschränkung der Betriebsbereitschaft der Stadt kommen. Das ist ein sehr wichtiges Ziel. Wir dürfen aber auch die strategisch wichtigen Projekte bei der Budgetplanung nicht vergessen. Das sind meine wichtigsten Leitlinien in meiner Funktion als Finanzreferent und Bürgermeister. Zum Thema Protokoll möchte ich noch etwas sagen. Wir haben eine Punktation gemacht und dachten, dies ist unser Beschlussprotokoll. Wir haben lange darüber diskutiert. Es wurde vereinbart, daß bei wichtigen Punkten ein genaues Protokoll angefertigt werden soll. Dazu sind wir leider auch nicht gekommen. Es wurde auch das mittelfristige Finanzkonzept angesprochen. Ja, dieses Konzept werden wir benötigen. Ein mittelfristiges Finanzkonzept muß im Einklang mit einem Stadtentwicklungskonzept passieren. Hier handelt es sich um eine Konsensmaterie, das ist meiner Meinung nach klar. Ich möchte kein Stadtentwicklungskonzept, das mit einer geringen Mehrheit beschlossen wird. Da müssen wir so lange beraten, bis wir diesen Konsens finden. Davon leitet sich dann ein mittelfristiges Konzept ab. Sie haben gesagt, der Entwurf zum Finanzkonzept gleicht einem Wunschkatalog. Zum Teil muß ich ihnen zustimmen. Wir können die Wünsche der Fraktionen gerne

aufnehmen. Wenn wir diese auflisten und später nach den Kosten bewerten, kommen wir auf Kosten von S 1,5 Mrd. Dieser Betrag ist mittelfristig nicht zu finanzieren. Unser außerordentlicher Haushalt befindet sich ca. in der Höhe von S 150 Mio. Wir hätten dann ein Konzept, dieses würde aber für die nächsten 10 Jahre reichen. Unsere Finanzierungsmöglichkeiten reichen für 5 Jahre aus. Das möchte ich bei dieser Gelegenheit sagen. Sie haben die S 50.000,-- für die Organisation „Drehscheibe-Kind“ angesprochen. Sie haben diesen Betrag als negatives Beispiel angesprochen. Es stimmt, daß sich die GAL im letzten Jahr für diese S 50.000,-- eingesetzt hat. Als direkte Forderung im Zusammenhang mit der Zustimmung für das Budget hat sich auch die ÖVP dafür eingesetzt. Sie können uns keinen Vorwurf machen, weil wir diese Mittel freigemacht haben. Es war nur die Einlösung eines Versprechens, das wir im Zusammenhang mit der Budgetbeschlussfassung gegeben haben. Wir müssen die Dinge klarstellen. Ich möchte noch etwas zu ihren anderen Sparvorstellungen sagen. Wir haben 7 Kindergärtnerinnen eingespart. Das ist ein Faktum. Einige werden sagen, das ist zu wenig, es müssen noch mehr sein. Die Kindergärtnerinnen sind natürlich anderer Meinung. Auch die Eltern der Kinder vertreten die Meinung, daß hier nicht gespart werden darf. Andere meinen, daß man auch bei den alten Menschen nicht sparen kann. Sparen heißt, durchgehend Potentiale anzusprechen, aber trotzdem die gebotenen Leistungen aufrecht- zu erhalten. Aber auch organisatorische Verbesserungen müssen getätigt werden. Hier muß uns noch einiges einfallen. In diese Richtung muß die Debatte gehen. Ich möchte noch eines in Erinnerung rufen. Die SPÖ war letztes Jahr der Meinung, daß der aoH S 140 Mio. betragen soll. Er sollte nicht mehr sein, da wir uns nicht mehr leisten könnten. Nach 100 Stunden Beratung haben wir uns durchgerungen, einen Aufwand von S 184,4 Mio zu beschließen. Es waren drei Fraktionen dafür. So ist es in Wahrheit gewesen, meine Damen und Herren. Jedes mal, wenn wir zusammenkommen, wird das „Ding“ teurer. Das ist unser Problem. Wichtige Projekte werden massiv von allen Fraktionen reklamiert. Da gibt es keine Ausnahme. Es heißt immer, das ist so wichtig und das auch usw. Am Ende haben wir einen unfinanzierbaren aoH. Heuer wird es für uns auch nicht leichter werden. Er sollte zwar kleiner sein, aber wir haben wichtige Punkte, die finanziert werden müssen, z.B. Verträge, Zusagen usw. Wir sollten auch das Bad renovieren. Wir können das Bad nicht leerstehend lassen, meine Damen und Herren. Wir brauchen nicht auf bessere Zeiten zu warten, denn sie kommen nicht. Das Bad, das zur Struktur der Stadt gehört, muß renoviert werden. Sie haben von „weiter wursteln“ gesprochen. Diese Worte haben sie dem Landeshauptmann Pühringer entnommen. „Wursteln“ ist ein sehr verniedlichender Ausdruck für die Bemühung, ein Budget zu bekommen. Ich möchte diese Bemühung nicht „wursteln“ nennen. In Frankreich zum Beispiel „wursteln“ sie auch gerade. Die Begleiterscheinungen der Franzosen sind derzeit nicht die besten.

Zwischenruf von Dr. Pfeil: Das nenne ich nicht „wursteln“.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ach, das nennen sie nicht „wursteln“. Der Herr Vanek ist der Meinung, daß es nur eine Verschiebung der Gewichtung ist. Es wird Geld im Sozialbereich abgezogen und im Baubereich neu investiert. Meiner Meinung nach ist dies nicht zutreffend. Wir haben für den gesamten Sozialbereich ein Budget von S 113 Mio. Wenn durch die Reduzierung des Bedarfs S 1 Mio weniger ausgegeben wird, darf man das nicht als Reduzierung des Sozialbudgets bezeichnen. Wenn es weniger Obdachlose gibt, braucht man auch weniger Geld. Herr Vanek, es ist per Gesetz geregelt, wer Anspruch auf Sozialhilfe hat. Alle, die diesen Anspruch haben, haben auch Sozialhilfe bekommen. Wenn dann weniger Sozialhilfeempfänger zur Verfügung stehen, weil sie verstorben sind usw., dann hat sich in diesem großen Budget eine Minderausgabe von S 1 Mio ergeben. So sollten wir das sehen. Man darf nicht sagen, daß das Bauen grundsätzlich schlecht ist. Das ist falsch, man muß sich solche Dinge genau anschauen. Bauarbeiten für das Altersheim sind auch in ihren Augen nicht schlecht. Es ist auch nicht schlecht, daß wir den Bau eines Kinderheimes für behinderte Kinder

unterstützt haben. Wir haben dJ S 2 Mio dafür investiert und insgesamt S 6 Mio. Der Bau der Rettungszentrale kann auch nicht schlecht sein. Er hat zwar S 13 Mio. gekostet, aber er war sehr notwendig. Die geschützte Werkstätte ist unser Sozialmeilenstein. Auch hier haben wir einen bestimmten Beitrag leisten müssen. Der Förderungsbetrag für diese Körperschaft war im Verhältnis zu anderen Körperschaften gering. Wir sollten die Kirche im Dorf belassen. Es blieb die Betriebsbereitschaft der Stadt in diesem Jahr in allen Bereichen aufrecht. Es können sich vielleicht Leistungseinschränkungen ergeben. Es kann passieren, daß der Rechnungshof die Einstellung der einen oder anderen schlecht frequentierten Buslinie fordert. Auf Antrag des Jugendgemeinderates wurde im GR die Einstellung von Streetworkern beschlossen. Sie haben in der Zeitung von Streetworker-Förderungen gelesen, aber glauben sie mir eines, es gibt keine Zufälle. Die Frau Kollegin Mach hat mit dem Herrn Landesrat Ackerl zu diesem Thema bereits zweimal verhandelt und ich selber einmal. Er hat uns zugesagt, daß er 2/3 der Kosten übernehmen wird. Wir müssen aber 1/3 selber bezahlen. Somit handelt es sich bei diesem Posten um eine Co-Finanzierung. So stehen die Dinge. Die Frau Kollegin Lohnecker ist mit der Situation nicht ganz zufrieden. Ich muß ihr sagen, auch ich bin nicht immer zufrieden. Es geht oft nicht schnell genug, oder anders, als ich möchte. In der Unzufriedenheit liegt der Fortschritt. Frau GR Lohnecker hat festgestellt, daß wir diese Zahlen und Anträge beschlossen haben. Ich bitte sie, dem Nachtragsvoranschlag ihre Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Stimmenthaltungen? 2 Stimmenthaltungen (ÖVP) Gegenstimmen? 9 Gegenstimmen (8 F, 1 GAL). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Tagesordnungspunkt betrifft die Haushaltsordnung der Stadt Steyr. Dieser Vorgang ist auf die letzte Kontrolle des Rechnungshofes zurückzuführen. Der Rechnungshof hat uns eine Novellierung vorgeschlagen. Die Haushaltsordnung ist eine Art Wegweiser für die Budgetgestaltung und den Budgetvollzug. Es ergeht der Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses an den GR.

2) Ges-10/95 Haushaltsordnung der Stadt Steyr;

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Finanzen vom 5. Dezember 1995 wird die beiliegende Haushaltsordnung der Stadt Steyr genehmigt. Sie tritt mit 1. Jänner 1996 in Kraft. Ich ersuche um Debatte und Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wer wünscht das Wort? Herr GR Gollatsch bitte.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Wir haben jetzt eine Stunde über den

Nachtragsvoranschlag diskutiert. Ich glaube, wir sind uns einig - es hat sich für mich so angehört - , daß wir eine mittelfristige Finanzplanung benötigen. Im § 9 dieser Haushaltsordnung steht das Wort mittelfristige Finanzplanung. Der GB II kann als administrativen Behelf für die Vorbereitung der einzelnen Haushaltsvoranschläge eine mittelfristige Finanzplanung erstellen. Ich ersuche, dieses Wort „kann“ auf „hat“ zu ändern.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Weitere Wortmeldungen?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Zur Geschäftsordnung? Wenn ich recht informiert bin, müßte schriftlich ein Zusatz- oder Abänderungsantrag eingebracht werden. Ist das richtig?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Okay.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACHE:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag zur Abänderung stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Wir machen eine kurze Pause, um einen Abänderungsantrag formulieren zu können.

Pause von 15.46 bis 16.00 Uhr.

VIZEBÜRGERMEISTER FRIEDERIKE MACH:

Wir kommen zur Abstimmung über den Abänderungsantrag. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltungen? Keine. Gegenstimmen? Keine. Der Abänderungsantrag ist einstimmig angenommen. Über den Hauptantrag brauchen wir nicht mehr abzustimmen, das hat sich mit dieser Abstimmung erübrigt. Es gibt noch eine Wortmeldung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es wurde bereits abgestimmt. Abgestimmt! Keine Wortmeldung mehr.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir kommen zum nächsten Antrag. Bitte Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag wurde von der F-Partei eingebracht. Dieser Antrag beschäftigt sich mit der Abschaffung eines Ausschusses. Der Antrag lautet:

3) Präs-759/95 Antrag der F-GRF gem. § 12 Abs. 1 Stadtstatut in Verbindung mit § 6 der Geschäftsordnung des GR der Stadt Steyr betreffend ersatzlose Auflösung des Ausschusses für Schule und Sport; An den Gemeinderat der Stadt Steyr: Die unterzeichnenden Mandatare des GR der Stadt Steyr stellen gem. § 12 (1) des StS in Verbindung mit § 6 oder GO folgenden Antrag:

Der GR möge beschließen:

Der Ausschuß für Schule und Sport wird ersatzlos aufgelöst.

Begründung:

Die Aufgaben des gemeinderätlichen Ausschusses für Schule und Sport werden tatsächlich von einem sogenannten Stadtsportausschuss wahrgenommen. In der letzten Zeit werden keinerlei Empfehlungen oder Anträge in diesem Ausschuß abgegeben. Das Gremium dieses Ausschusses wurde zu einem Berichtsgremium degradiert. Dies hat sich auch unter dem neuen Obmann des Ausschusses, StR. Gerhard Bremm, nicht geändert. Um die Stadt sinnvoll politisch und zeitökonomisch zu verwalten, erscheint es daher nicht mehr notwendig, den Ausschuß weiter aufrecht zu erhalten. Ich ersuche um Debatte und Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wortmeldungen? Herr GR Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Wertes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des GR. Wer von den Anwesenden bei der letzten Ausschußsitzung anwesend war und etwas objektiv ist, wird unserem Antrag sicher zustimmen. Auch früher, als der Herr Bürgermeister diesen Ausschuß noch leitete, wurde öfter Kritik an der Art des Ausschusses geübt. Der Kollege Gollatsch meinte, wenn man in diesem Ausschuß nur Berichte vorliest, erübrigt sich dieser. Wir hofften, daß sich dieser Zustand mit dem neuen Vorsitzenden ändert. Dem war nicht so. Daher haben wir heute diesen Antrag eingebracht. Es ist nicht so, daß in diesem Ausschuß die tatsächlichen Sportangelegenheiten besprochen werden. Es werden auch keine zukunftssträchtigen Projekte besprochen. Auch Sportsubventionen sind nicht das Thema. Man hätte über den Zustand des Hallenbades, der Rennbahn usw. nicht nur berichten, sondern auch diskutieren sollen. Dies ist nicht der Fall gewesen. Ich verstehe es nicht, da der Kollege Bremm sonst auch ein gestandener Betriebsrat ist und es versteht, Sitzungen zu leiten. Es wundert mich, daß er in diese Sitzungen keinen Schwung hineingebracht hat. Er hat den Ausschuß nicht so geleitet, wie wir es erwartet haben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Weitere Wortmeldungen? Herr GR Gollatsch bitte.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Seit meiner Tätigkeit im GR, seit 1991, bin ich in verschiedenen Ausschüssen tätig. In diesen Ausschüssen wird immer ausgezeichnet gearbeitet. Ich möchte den § 40 des Stadtstatutes zitieren: Ausschüsse: Der GR kann nach Bedarf Ausschüsse zur Vorbereitung von Anträgen und zur Abgabe von Gutachten bestellen. Dies wird auch in den verschiedensten Ausschüssen gemacht. Im Ausschuß für Schule und Sport wurde ich in der 1. Sitzung Mitte 1992 eines anderen belehrt. In diesem Ausschuß wurden Vorlesungen gehalten und sonst nichts. Es gibt zwar einen Stadtsportausschuss in Steyr, der aber nichts mit einem Ausschuß nach § 40 zu tun hat. Hier sitzen Sportfunktionäre, die zufällig auch GR sind. Bei einem Verband ist das so, daß jemand, wenn er dort im Vorstand sitzt, auch eine politische Funktion inne hat. Diese Person hat aber mit dem Ausschuß in der Gemeinde nichts zu tun. Aufgrund dieser Vorlesungen habe ich schon oft festgestellt - dies ist auch in den Protokollen nachzulesen - , daß dieser Ausschuß ersatzlos gestrichen werden soll. Diese Situation hat sich auch unter der Ausschußleitung des Herrn Bremm nicht geändert, daher stimme ich der Auflösung des Ausschusses zu.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Weitere Wortmeldungen? Herr StR. Bremm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Lieber Herr Kollege Payrleithner, herzlichen Dank für deine Lorbeeren, die du anlässlich Weihnachten für mich übrig hast. Es kommt nicht jeden Tag vor, daß du meine Vorsitzführung lobend erwähnst. Herzlichen Dank. Wenn etwas gut ist, sollte man nicht immer von Steigerung sprechen. Sprechen wir von Kontinuität. Auch in anderen Ausschüssen wird über Kontinuität gesprochen. Ich bin über den gestellten Antrag nicht traurig. Für mich als Referent wird die Arbeit nicht weniger werden. Der Bezirksschulrat hat gewisse Funktionen für den Bereich Schule zu übernehmen. Darum beschäftigt er sich auch mit den Problemen der Schüler. Somit bringt auch er Vorschläge und Berichte in den Ausschuß ein. Der Stadtsportausschuss beschäftigt sich mit den sportlichen Problemen der Stadt. Dies geschieht über die Parteigrenzen hinweg. Es beschäftigen sich alle drei Dachverbände mit den gestellten Problemen. Über einige Projekte der drei Dachverbände muß einfach im Ausschuß berichtet werden. Wir haben in Steyr 63 Verbände und 171 Sektionen. Bei dieser Anzahl ist es mir noch nicht gelungen, alle Berichte auswendig im Kopf zu behalten. Somit musste ich die Aktivitäten vorlesen, ich wollte meine Energie nicht sinnlos verschleudern. Ich finde, mit der Auflösung des Ausschusses ignorieren wir die Anliegen unserer sportlichen Bevölkerung, egal ob jung oder alt. Es wurde niemand gehindert, Anregungen und Ideen in den Ausschuß einzubringen. Die Aussage des Herrn Gollatsch, daß eine Vorlesung stattfand und niemand sonst reden konnte, ist nicht wahr. Es herrscht kein Diktat in einem Ausschuß, jeder ist gleichberechtigt. Man kann sich über die einzelnen Punkte unterhalten. Natürlich sind eine Reihe von Themen nur in Berichtsform weiterzugeben. Es ist nicht die Aufgabe des Ausschusses, Sportveranstaltungen zu organisieren. Wir haben die Aufgabe, gewisse

Rahmenbedingungen für die Sportvereine herzustellen, damit entsprechende Aktivitäten möglich sind. Es tut mir für alle Schüler und Sportler leid, daß die Auflösung dieses Ausschusses gefordert wird. Für mich als Referent ändert sich nichts. Ich werde immer Zeit für die Sportler und Schüler haben. Ich bin auch in anderen Ausschüssen tätig. In manchen Ausschüssen gibt es einige Probleme, wie z.B. das Kommunalzentrum oder das immer so aktuelle Verkehrsproblem. Hier gibt es ein breites Betätigungsfeld. Zum Thema Hallenbad möchte ich noch eines sagen. Wir haben in jeder Stadtsportausschusssitzung über das Problem Hallenbad gesprochen. In der ersten Sitzung, bei der ich den Vorsitz führte, kam ein umfassender Bericht des Herrn Bürgermeisters zur Sprache. Durch seine Hilfe können wir die Sanierung des Hallenbades beginnen. Er hat uns die finanziellen Voraussetzungen dafür geschaffen. Mir tut es wirklich leid, daß dieser Antrag gestellt wird.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Weitere Wortmeldungen? Herr StR. Holub bitte.

STADTRAT KARL HOLUB:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Als ehemaliges Mitglied dieses Ausschusses muß ich sie bitten, diesem Antrag zuzustimmen. Ich finde es nicht zielführend, einer versammelten Runde von Funktionären Berichte über vergangene Projekte vorzulesen. Es ist ein Irrglaube, wenn man hier denkt, daß man kreativ ist. Als der Ausschuß gegründet wurde, hielt ich es schon nicht für sehr klug, diese beiden Themen unmittelbar in einem Ausschuß zu behandeln. Die Themen berühren sich, bedingen einander aber nicht. Der Stadtsportausschuss ist für die Koordination der sporttreibenden Vereine wichtig. Es wäre wichtig gewesen, wenn wir das aktive Gremium in die Beratungen miteinbezogen hätten. Die Entscheidungsträger hätten direkt informiert werden müssen, um somit Entscheidungen besser treffen zu können. Das war offensichtlich nicht die Absicht des Ausschusses, somit hatte der Kollege Gollatsch mit seiner Aussage zu Beginn der Amtsperiode recht. Auch ich bitte die Kollegen im GR, diesem Auflösungsantrag zuzustimmen. Etwas unangenehm ist der Nebenton des Herrn Bremm, nämlich sein Signal an die Menschen. Das ist genau der Geist, der uns so untätig macht. Das ist auch der Geist, der den Steyrer GR als unproduktive Körperschaft herabwürdigt. Das ist der Geist, der die Stadt Steyr daran hindert, daß etwas anders wird. Ich finde es einfach fatal, nicht über einen Antrag und seine Auswirkungen zu sprechen, sondern einfach nur die Rute ins Fenster zu stellen und zu sagen, die Leute werden das aber nicht verstehen. Das ist die Mentalität der 50er Jahre. Freunde, ihr müsst noch sehr viel lernen. Die Aufgabe ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, nicht Berichte zu empfangen. In Schulsachen müßte sich das Bezirksschulratskollegium öfter treffen. Das ist ein lustiges Gremium, welches aus Mitgliedern aller Länder und Parteien besteht. In diesem Gremium wird auch nur berichtet und manchmal eine Pragmatisierung beschlossen. Hier könnte Demokratie leben. Man müßte nicht alles der Geschäftsführung des Bezirksschulrates überlassen. Der Vorsitzende könnte öfter einladen, dann könnte man tatsächlich gemeinsam etwas tun. Man könnte etwas für die Schüler und für die Interessen der Eltern tun. Auch den Lehrern, die oft unter schlechten Bedingungen arbeiten müssen, könnte geholfen werden. Wir klopfen uns ständig auf die Schulter, weil wir schon so viel gemacht haben. Wir müßten aber auch schauen, was noch alles zu tun wäre. Ein gutes Beispiel ist die Sonderschule Tabor, hier wurde der Eingangsbereich neu gestrichen und links und rechts fällt der Putz ab. Über solche Dinge sollte man vor Arbeitsbeginn sprechen und nicht später darüber berichten. Ich kritisiere, daß in Steyr nichts passiert. Wir sollten nicht immer über Dinge sprechen, die wir gut gemacht haben. Meine Botschaft an die Bevölkerung ist, wenn wir diesen Ausschuß auflösen, daß wir unserem Vertretungsauftrag gerecht werden möchten, daß wir für sie diskutieren möchten. Wir brauchen dazu keine Berichte, wir müssen einfach nur kreativ tätig sein. In diesem Sinn müssen wir auch über den Antrag abstimmen. Wir dürfen den 50er Jahren keine Chance lassen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Weitere Wortmeldungen? Herr StR Eichhübl bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des GR. Ich habe mich jetzt nicht zu Wort gemeldet, weil ich vor Weihnachten noch den Kollegen Bremm loben möchte. Ich möchte aber auch keine Steine auf ihn werfen, da er erst kurz die Leitung des Ausschusses übernommen hat. Ich möchte etwas aufklärend wirken, weil offensichtlich die Beweggründe unseres Antrages nicht ganz verstanden wurden. Wir werfen ihm nicht vor, daß er die Berichte nicht auswendig gelernt hat, sondern daß wir, wie auch schon vor seiner Zeit, nur bereits beschlossene Dinge besprochen haben. Ein Ausschuß ist zwar nur beratend tätig, muß aber dafür sorgen, daß die Anträge in den dafür zuständigen Gremien beschlussfertig gemacht werden. Es ist zwar sehr erfreulich, wenn über das Hallenbad gesprochen wurde, aber es war meiner Meinung nach trotzdem zu spät. Man hätte schon viel früher darüber sprechen sollen und früher handeln müssen. Es ist schon länger bekannt, daß wir eine Menge Wasser durch Schäden im Becken verlieren. Jetzt ist es zu spät, wir mussten das Hallenbad schließen. Über dieses Thema hätte man im Ausschuß lange diskutieren können.

Zwischenruf StR. Bremm: 1991 warst du gegen das Hallenbad! Es gibt Zeitzeugen!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Herr GR Vanek. Ich erteile ihnen das Wort.

Zwischenruf Dr. Pfeil: Rechnungshofbericht!

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Sehr geehrte Damen und Herren des GR, wertes Präsidium. Ich selber war kein Mitglied dieses Ausschusses. Aber ich spreche für meinen Parteikollegen, der heute krank ist. Er hat mir immer vom Ablauf dieser Ausschusssitzungen erzählt. Ich verstehe den Unmut der ÖVP und der F-Partei sehr gut. Auch ich werde diesen Antrag unterstützen. Der Herr Kollege Bremm fürchtet, daß bei einer Auflösung des Ausschusses, der Bereich Schule zu wenig repräsentiert wird. Man könnte den Bereich Schule dem Bereich Soziales angliedern. Der Bereich Sport könnte im Ausschuß für kommunale Einrichtungen behandelt werden. Auch hier besteht ein gewisser Zusammenhang. Wenn diese Themen unbedingt behandelt werden müssen, würde sie bei diesen Bereichen dazu passen. Ich werde diesem Antrag in jedem Fall zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächste Wortmeldung, Herr GR Brandstötter.

GEMEINDERAT JOSEF BRANDSTÖTTER:

Wertes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des GR. Ich finde es schade, daß ich heute zum erstenmal von dieser Problematik höre. Ich dachte, daß man ...

Unverständliche Zwischenrufe.

GEMEINDERAT JOSEF BRANDSTÖTTER:

Es ist das Erstmal, daß im GR über dieses Thema diskutiert wurde. Man hätte schon viel früher darüber sprechen können. Jede Fraktion hat einen Vertreter in diesem Ausschuß. Wenn ich den Herrn StR Holub richtig verstanden habe, werden in diesem Ausschuß nur Berichte vorgelesen. Man kann nur gemeinsam Veränderungen bewirken. Es kann nicht nur eine Partei etwas ändern. Solche Dinge muß man gemeinsam lösen. Gemeinsam würde die Arbeit fortschrittlicher und effizienter ablaufen. Zur Aussage des Herrn StR Eichhübl möchte ich noch etwas sagen. Es ist schon zu Zeiten, als der Herr Bürgermeister noch Vizebürgermeister war, über die Sanierung des Hallenbades gesprochen worden. Damals hat ein Vizebürgermeister dagegen gestimmt. Hier sollte man gemeinsame Wege und Schritte finden. Wenn wir uns gemeinsam etwas überlegen würden, bräuchten wir nicht ständig irgendwelche Ausschüsse auflösen. Danke.

Frau GR Brigitte Lohnecker verlässt um 16.20 Uhr die Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächste Wortmeldung Herr StR Eichhübl. Es ist seine zweite Wortmeldung.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des GR. Meine eigene Fraktion ist nicht sehr erfreut, daß ich mich nochmals zu Wort melde. Die Sitzung wird durch die Diskussion über das Hallenbad nur unnötig verlängert. Für mich ist es wichtig, darüber eine Erklärung abzugeben. Das Erinnerungsvermögen einiger Mitglieder dürfte etwas angegriffen sein. Dazu gehört auch der Herr StR Bremm. Ich sage es dir deshalb so deutlich - schreibe dir es bitte in dein Stammbuch - , weil im Jahr 1991 das Hallenbad vom damaligen Vizebürgermeister ins Gespräch gebracht wurde. Es gibt seit 1986 die Forderung der Stadtwerke das Hallenbad zu sanieren. Das kann man sicher im Protokoll nachlesen. Zu dieser Zeit kam ein Gerücht in Umlauf, daß in Steyr ein ganz neues Hallenbad errichtet werden soll. Die Budgetsituation war auch zu dieser Zeit nicht rosig. Die

Budgetlage der Stadt war damals auch nicht so, daß man ein Hallenbad um S 100 Mio. errichten hätte können. Zu dem stehe ich. Wir waren der Meinung, daß das Hallenbad renoviert werden muß. Wir haben die Bürger zu diesem Thema befragt. Ich habe hier an dieser Stelle dem GR das Ergebnis mitgeteilt. 60 % der Bevölkerung war gegen eine Neuerrichtung. Der Bevölkerung genügt eine zeitgemäße Sanierung. Für die Sanierung des Hallenbades bin ich eingetreten. Jene Personen, die sich daran erinnern möchten, werden sich daran erinnern.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Weitere Wortmeldungen? Herr GR Fürweger bitte. Auch der Herr StR wollte es schon vor 4 Jahren sanieren lassen. ... wir lernen von euch ...

Unverständliche Zwischenrufe.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Auch ich möchte zum Herrn StR Bremm etwas sagen. Sie haben uns erzählt, was sie alles machen möchten. Sie möchten auch eine Bezirkssporthalle bauen. Es gibt jetzt einen Prüfbericht über die bestehenden Sporteinrichtungen der Stadt. Es liegen erschreckende Ergebnisse vor. Es wird nicht nur über das Hallenbad gesprochen, sondern auch über die Sporthalle am Tabor. Dort haben wir 2x im Jahr einen Rohrbruch. Es werden nicht einmal die notwendigsten Instandhaltungen durchgeführt. Ein weiteres Beispiel wäre auch die Rennbahn, wo sich der Belag ablöst. Auch bei den Umkleidekabinen des Freibades wären Reparaturen notwendig. Solche Dinge sollten im Ausschuß für Schule und Sport besprochen werden. Es ist besser wenn solche Dinge im Bauausschuss oder im Sozialausschuss besprochen werden. Wir können diesen Scheinausschuss auflösen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Schlusswort Herr Referent.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des GR. Auch ich kann damit leben, wenn dieser Ausschuß aufgelöst wird. Plötzlich wissen alle, was im Bereich des Sportes schlecht ist. Kein Vorsitzender, egal ob Leithenmayr oder Bremm, hätte jemanden daran gehindert, seine Meinung zu sagen. Die Kreativität wurde in diesem Ausschuß sicherlich nicht behindert. Wir haben immer über diese Themen berichtet. Es gab auch die Möglichkeit, darüber zu diskutieren. Das Thema Ganztagschule haben wir ausführlich diskutiert. Der Kollege Lengauer hat diese Dinge genau gekannt. Lieber Freund Payrleithner, es gefällt mir nicht, wenn du sagst, dieser ominöse Stadtsportausschuss. Man könnte denken, das ist etwas ungehöriges, etwas geheimnisvolles.

Unverständlicher Zwischenruf.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Man kann nicht immer alles wissen. Ich stehe hier, um das zu erklären. Dieser Ausschuß wurde aufgrund eines Landessportgesetzes eingerichtet. Es werden keine Politiker in den Ausschuß gerufen, sondern die Vorsitzenden der Dachverbände. Diese Personen betreiben den Sport. Wie schon der Herr Holub gesagt hat, kennen sich diese Personen im Sport wirklich aus. Die meisten Personen sind schon jahrzehntelang Funktionäre. Die Politik soll sich nicht überall einmischen und schon gar nicht in den Sport. In diesem Ausschuß wird über den Sport gesprochen. Die Stadt nimmt die Aussagen des Stadtsportausschusses sehr wichtig. Die Verleihung des Sportehrenzeichens erfolgt durch genau geprüfte Vorschläge des Stadtsportausschusses. Aber auch alle Investitionen für Sportanlagen werden hier genau beraten. Diese Anträge werden direkt von den Vorsitzenden eingebracht. Dieselben Dinge werden auch im Ausschuß für Schule und Sport vorgebracht, da haben sie recht. Es gibt auch den Bezirksschulrat. Er wurde nicht einfach erfunden, sein Dasein ist geregelt. Auch seine Zusammensetzung ist gesetzlich geregelt. Die Schule ist eine sehr starke Institution. Rund um den Landesschulrat und den Bezirksschulinspektor befindet sich sehr viel Fachkompetenz. Wir sind Schulerhalter. Wir haben dafür zu sorgen, daß es Schulräume gibt und diese in Ordnung sind. Niemand wurde daran gehindert, über solche Themen zu sprechen. Wenn irgendwo der Putz fehlt, müßte man das unsere Liegenschaftsverwaltung melden. Wenn dies nicht passiert, können auch Mitglieder des Ausschusses Meldung machen. Für die Ausgaben ist der Stadtsenat zuständig. Solche Dinge müssen wir ins Budget schreiben. Es tut mir leid, daß der Sportausschuss nicht genügend aktiv war. Behinderungen der Kreativität gab es keine. Der Kollege Eichhübl entwickelt beträchtliche „Wendehalsqualitäten“ bzgl. dem Hallenbad. Ich habe mich mit diesem Thema als Teilverantwortlicher genau befasst. Wie du richtig festgestellt hast, wurde dieses Thema von mir ins Gespräch gebracht. Ich habe es aber nicht nur ins Gespräch gebracht, ich habe zu diesem Thema auch Anträge eingebracht. Als ich in diese Gemeinde zurückgekommen bin, wurde bereits 5 Jahre über dieses Thema diskutiert. Es war das Geld nie im Übermaß vorhanden. Als ich wieder in der Gemeinde tätig war, hatte das Hallenbad für mich bereits Priorität eins.

Unverständlicher Zwischenruf.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe dir aufmerksam zugehört! Das Hallenbad hatte zwar Priorität Nummer 1, aber trotzdem haben wir die Eishalle vorher gebaut. Die Eishalle hätten wir, wenn es nach deiner Fraktion gehen würde, bis heute auch noch nicht. Herr Fürweger, sie müssen langsam wissen, wo sie ihre Eier hinlegen. Sie sprechen von der Sporthalle, wenn etwas gemacht wird, sprechen sie von den Schulen. Diese Tatsache stößt mir seit längerer Zeit sauer auf. Sie sprechen von den notwendigen Instandhaltungen bei der Sporthalle und werfen mir vor, daß ich von einer Bezirkssporthalle gesprochen habe, nämlich im Jahr 1990. In meiner Aussage liegt kein Widerspruch. Damals erkannte ich schon, daß wir keine Bezirkssporthalle besitzen. Ich habe auch erkannt, daß hier etwas geschehen muß. Diese Meinung hat auch der GR unterstützt. Dieses Projekt wurde vor meiner Amtszeit geboren, lieber Herr Eichhübl, diese Federn möchte ich mir nicht anstecken. Der Auftrag ging vom Steyrer GR an die Bäderbau Ranshofen, und nicht von mir aus. Das Projekt wurde vorgelegt. Du nennst es mit allem „Pipapo“, wir nannten es mit „Erlebnistouch“. Als das Projekt vorgelegt wurde, habe ich es transportiert und hier - gebracht. Du hast dieses Projekt als mein persönliches Prestigeobjekt beschrieben. Du warst Hauptverursacher für das „Abwürgen“ dieses Projektes. Bei

dieser Gelegenheit muß ich dir das wieder einmal sagen. Jetzt ist das Bad ganz hinüber. Ich habe mich in der Zwischenzeit um die Sanierung bei sämtlichen Personen bemüht. Jetzt zu sagen, wo du als Referent für das Bad zuständig bist, daß die anderen daran Schuld sind, halte ich gelinde gesagt für demagogisch. Man muß das sagen können, wenn man über so eine Sache diskutiert.

Unverständlicher Zwischenruf.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich möchte dich an noch etwas erinnern, lieber Freund. Es gefällt mir, daß ihr dem Sport jetzt mehr Beachtung schenkt. Ich habe einmal gesagt, daß die blauen Jungs unsportlich sind. Daran erinnere ich mich. Ich sagte das im Zusammenhang mit der Festlegung der Sportsubventionen. Diese Subventionen sind in Steyr nicht gerade hoch. Eure Forderung war es, die Subventionen um die Hälfte zu reduzieren. Wenn wir jetzt schon so nett diskutieren, sollten wir das auch wieder in Erinnerung rufen. Ich glaube, daß sich genug Personen außerhalb des Ausschusses um den Sport und die Schule kümmern. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Somit kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Zwischenruf von Bgm. Leithenmayr: Der Herr Dr. Pfeil telefoniert gerade.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Da fehlen noch andere Gemeinderäte. Wer übt Stimmenthaltung? 8 Stimmenthaltungen. (SPÖ). Wer stimmt gegen den Antrag? 4 Gegenstimmen (SPÖ). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Der Ausschuß ist aufgehoben. Den nächsten Punkt, Herr Bürgermeister bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag betrifft wiederum einen Ausschuß. In diesem Fall ist es aber die Errichtung eines Ausschusses. Der Antrag wurde von den Grünen eingebracht.

An den Bürgermeister Hermann Leithenmayr.

Antrag gem. § 6 der Geschäftsordnung.

Einrichtung eines gemeinderätlichen Ausschusses für die Angelegenheiten der Stadtentwicklung und -planung. Die Unterzeichneten stellen folgenden Antrag:

4) Präs-759/95 Antrag der GAL Steyr, gem. § 6 der Geschäftsordnung des GR der Stadt Steyr betreffend die Einrichtung eines gemeinderätl. Ausschusses für die Angelegenheiten der Stadtentwicklung und -planung;

Der GR möge beschließen:

Der GR richtet mit sofortiger Wirkung einen gemeinderätlichen Ausschuß für die Angelegenheiten der Stadtentwicklung und -planung ein. Die Aufgaben dieses Ausschusses sind vor allem die Behandlung aller wichtigen Fragen und Probleme, die im Zusammenhang mit der Erstellung des Stadtentwicklungskonzeptes und Flächenwidmungsplanes auftreten. Die Zusammensetzung des Ausschusses erfolgt gemäß Stadtstatut und Geschäftsordnung des GR der Stadt Steyr.

Ich ersuche um die Diskussion und Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Hier geht es um einen neuen Ausschuß. Wünscht jemand das Wort? Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Frau Vizebürgermeisterin, Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des GR. Der Zufall hat heute Regie geführt. Vorher sprachen wir von der Auflösung eines Ausschusses wegen der Nichtaktivität eines sozialistischen Mandatars, jetzt diskutieren wir über die Einrichtung eines Ausschusses wegen der Nichtaktivität eines anderen Mandatars, nämlich unseres Bürgermeisters. Wie sich aus der Diskussion ergab, ist er nicht ganz unschuldig an der Auflösung des Ausschusses Schule und Sport. Kraft ihres Amtes sind sie für die Stadtentwicklung zuständig, das gehört zu ihrem Bereich. Bei der Beschlußfassung 1992 hatten wir uns ein Ziel von einem Jahr gesteckt. Jetzt dauert es bereits mehrere Jahre. Im Mai 1995 haben sie uns den Prof. Breitling vorgestellt - er selber war etwas überrascht - und sagten, im Juni möchten wir das ganze beschließen. Wir alle stellten fest, daß hier noch einige Diskussionen geführt werden müssen, bis das Stadtentwicklungskonzept beschlossen werden kann. Ich habe mir erlaubt, meine Wünsche und Anregungen vorzubringen. Ich habe auch um die Beantwortung eines Fragenkatalogs gebeten. Wir haben diesen Katalog rechtzeitig am 16.8.1995 abgegeben. Dieser Katalog wurde von ihnen am 18.10.1995 an den Prof. Breitling weitergeleitet. Es dauerte einige Zeit bis uns der Herr Prof. Breitling retourgeschrieben hat. Ich möchte ihnen das Ergebnis nicht vorenthalten. Ich möchte ihnen nur zeigen, wo wir derzeit bei diesem wichtigen Projekt stehen. Ich möchte einiges aus unserer Stellungnahme vom 16.8. zitieren. Das vorliegende Entwicklungskonzept für die Stadt Steyr vermittelt nicht den Eindruck, daß Entwicklung gewünscht wird. Es ist ein konservatives Konzept, welches gravierende Vorhaben für eine positive Neuausrichtung der Stadt hat. Es fehlt im ganzen Stadtentwicklungskonzept eine Leitbildvorgabe bzw. kann man in der gesamten Präambel keine finden. In diesem Konzept müssen alle Bereiche, die Bürger betreffen, abgedeckt werden. Somit dürfen wir nicht nur über einen Flächenwidmungsplan sprechen. Der Verfasser hat anscheinend die Möglichkeit, seine eigenen Gedanken über die Zukunft von Steyr zu formulieren. Es wurde auf Seite 1 ein Entwurf des Leitbildes der Stadt Steyr angekündigt, dieser fehlt aber. Lt. OÖ. Raumordnungsgesetz ist eine Bürgerbeteiligung bindend vorgeschrieben. In diesem Konzept ist eine Beteiligung der Bürger nicht erkennbar. Im OÖ. Raumordnungsgesetz 18, Abs. 2 steht wörtlich: "... das örtliche Entwicklungsgesetz hat als Grundlage der übrigen Flächenwidmungsplanung die längerfristigen Ziele und Festlegungen der örtlichen Raumordnung zu enthalten." Seiner Meinung nach hat eine aus der Sicht der Gemeinde geeignete Einbeziehung der Bürger voranzugehen. Nun möchte ich einige

Ausschnitte aus der Beantwortung des Herrn Prof. Breitling zitieren. Wenn mit einem Leitbild ein unabhängiges Stadtentwicklungsmodell gemeint ist, so müßte ich dies mit nein beantworten. Ich als Leihe kann mir nicht vorstellen, daß man ein Stadtentwicklungskonzept macht, ohne vorher ein Leitbild zu entwickeln. Für Städte in der Größe wie Steyr, mit ca. 40.000 Einwohnern, gibt es kein allgemeingültiges Leitbild. Nun zum Wichtigsten. Wir diskutieren jetzt darüber, ob ein Ausschuß in dieser Sache helfen kann. Im Antrag der Grünen konnte man keine Sachargumente für die Einrichtung dieses Ausschusses finden. Herr Bürgermeister, sie hätten die Fraktionsobmänner zu einer Sitzung zu diesem Thema einladen müssen. Wir hätten darüber diskutieren können. Auch ich habe das bei der Entwicklung des Verkehrskonzeptes gemacht. Man muß immer auf etwas aufbauen können. Hier fehlt die Baugrundlage. Wir hatten den Herrn Prof. Breitling gebeten, uns zu erklären, wie er auf seine Wünsche und Vorschläge kommt. Man muß solche Dinge statistisch belegen können. Z.B. eine Kreuzung, hier muß man doch wissen, wie viel Personen wohin möchten. Am 24.11.1992 wusste man diese Zahlen. Nun ist die Antwort des Prof. Breitling nicht sehr befriedigend. Er hat ein Raumordnungsgesetz zu vollziehen. In seiner Stellungnahme erschien ihm folgende Vorgehensweise als geeignet: Zuerst wurde ein 10 Seiten langer Fragenkatalog über die Stadt Steyr erarbeitet. Dieser Fragenkatalog wurde einer Reihe von Personen vorgelegt. Diese Schlüsselpersonen setzten sich aus folgenden Personen zusammen: 15 Magistratsbeamte, 11 Vertreter von Verbänden und 100 Personen aus der Bevölkerung. Er wollte in dieser Art und Weise Antworten auf die Probleme der Stadt Steyr finden. Meiner Meinung nach müßte man hier das ganze Projekt neu beginnen. Die vorliegenden Ergebnisse des Herrn Prof. Breitling sind nicht nachvollziehbar. Wenn sie einen Ausschuß bilden möchten, müssen sie gute Argumente dafür vorbringen. Ist das der Fall, werden wir wahrscheinlich dem Antrag zustimmen, wenn er der Stadt etwas bringt. Wir möchten vorher die Aufgaben des Ausschusses wissen. Es müßte ein Ausschusskonzept erstellt werden. Man muß die Dauer des Ausschusses festlegen. Dieser Ausschuß kann nur bis zur Beschlußfassung bestehen. Bisher fehlen diese Dinge. Es gibt auch noch genug andere Dinge, die von Herrn Prof. Breitling fehlen. Auch diese Dinge müssen vorher diskutiert werden. Lieber Herr Bürgermeister, hier sind sie extrem in Verzug.

Unverständlicher Zwischenruf.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das kann ich ihnen beweisen. Von Mai bis heute ist nichts passiert. Zuerst wollte man das Konzept über Nacht beschließen und plötzlich will man in einem Ausschuß darüber diskutieren. Somit werden die Verantwortlichkeiten verwässert. Wenn der Ausschuß etwas bringt, ist es gut. Ich entbinde sie nicht aus der Verantwortlichkeit der Stadt. Ich werde mir erlauben, dazu heute nochmals das Wort zu ergreifen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächste Wortmeldung, Herr GR Vanek bitte.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Der Kollege Pfeil hat es schon erwähnt. Wir haben schon vor mehr als zwei Jahren das Stadtentwicklungskonzept hier im GR beschlossen. Ich weiß jetzt nicht das genaue Datum, aber es

ist sicher schon länger als zwei Jahre her. Nach dem Beschluss begann der Prof. Breitling mit seinen Arbeiten. Er brauchte für diesen Vorentwurf mehr als 1 ½ Jahre. Hier in diesem Raum gab es eine Präsentation seiner Vorschläge. Es kam zu einer Diskussion. Plötzlich kam die Meldung, daß die Fraktionen Stellungnahmen zu diesem Vorentwurf abgeben sollen. Die 1. Frist von 6 Wochen wurde verlängert. Über den Sommer konnte man Zeit finden, diese Stellungnahme zu erarbeiten. Der Abgabetermin wurde mit 15.8.1995 vereinbart. Wir haben uns bemüht und gaben eine 90-seitige Stellungnahme ab. Wir hatten die Hoffnung, daß mit dieser Stellungnahme etwas passiert. Die ÖVP kam mit der Bitte um eine weitere Fristverlängerung von bis zu 3 Wochen. Auch diese Fristverlängerung wurde erlaubt. Im Herbst begannen wir wieder zu hoffen, daß etwas passiert. Es ist wieder nichts passiert. Es gab weder die angekündigte Fraktionsbesprechung, noch sonstige Besprechungen. Es dürften nur die Beamten untereinander diskutiert haben. Meiner Meinung nach ist es eine Frechheit, so ein großes Projekt in einem nur so kleinen Rahmen zu erstellen und zu diskutieren. Diese Maßnahmen sind für die Stadt Steyr so wesentlich, daß das nicht nur die Exekutive alleine entscheiden kann. Hier muß ein demokratischer Prozeß eingeleitet werden. Wie schon der Kollege Pfeil richtig sagte, hätte dieser Prozeß vor Beginn der Arbeiten eingeleitet werden müssen. Ich habe bereits in meiner ersten GR-Sitzung im September 1993 einen Stadtentwicklungsausschuss gefordert. Der Herr Bürgermeister hat mir zugesichert, daß er in dieser Sache etwas machen wird. Ich habe ihm geglaubt. Der Grund für diesen Antrag ist folgender. Stadtentwicklung muß einfach auf breiterer Basis passieren. Stadtentwicklung darf nicht im Magistrat alleine betrieben werden. Es darf nicht so sein, daß die zuständigen Beamten und der Herr Bürgermeister alleine Stadtentwicklung betreiben. Es muß mind. auf gemeinderätlicher Ebene diskutiert und entschieden werden. Entscheiden muß es der GR. Aber es sollte ein längerer Diskussionsprozess laufen. Darum haben wir diesen Antrag gestellt. Wir haben bewußt kein Konzept vorgelegt, über das wir abstimmen sollten. Es besteht jetzt die Möglichkeit, daß wir uns in den nächsten Wochen zusammensetzen und darüber diskutieren. In der ersten Ausschusssitzung soll darüber diskutiert werden, welche Themen in diesem Ausschuß behandelt werden. Wir sollten über den Flächenwidmungsplan und weiters über wichtige Dinge, die die Stadt betreffen, diskutieren. Sie sollten nicht nur diskutiert, sondern auch genau behandelt werden. Ich hoffe, daß dieser Ausschuß zustande kommt. Ich kann mir nicht vorstellen, in welcher Form man sonst im gemeinderätlichen Rahmen diskutieren könnte. Ich kann mir nicht vorstellen, daß wir dieses Konzept von einer Minute auf die andere ohne Diskussion beschließen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Weitere Wortmeldungen? Herr StR Ing. Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des GR. Ich möchte sie daran erinnern, daß es bis 1991 einen sogenannten Präsidialplanungsausschuss gegeben hat. Mitglieder dieses Ausschusses waren: der Herr Bürgermeister, der Herr Magistratsdirektor, der Baureferent, die zuständige Person für Denkmalpflege und einige Fachbeamte. Diese Personen entschieden über wichtige Projekte, die in Planung bzw. in Bau waren. Seit der Wahl 1991 ist man der Meinung, daß diese Agenden vom Bauausschuss übernommen werden könnten. Das Stadtentwicklungskonzept wäre der einzige Grund für diesen Ausschuß. Wie bereits angesprochen, haben wir unsere Stellungnahme etwas verspätet eingebracht. Durch die Urlaubszeit konnten wir diesen Termin nicht halten. Der Termin wäre der 15. oder 16. August gewesen und wir haben unsere Stellungnahme Anfang September eingebracht. Wir sind bis jetzt die einzige Fraktion, die mit Herrn Prof. Breitling das Gespräch suchte. Mittlerweile sprach auch die GAL mit ihm. Damals waren es nur wir. Das Projekt geht nicht voran. Es ging vor einigen Wochen ein Schreiben an dich, lieber Herr

Bürgermeister, in dieser Sache tätig zu werden. Es wurde die Bürgerbeteiligung angesprochen. Es wurde im Amtsblatt ein Fragebogen abgedruckt. Die Vorstellung des Projektes fand im Stadtsaal statt. Diese Vorstellung ging total daneben, da sie schlecht angekündigt war. Es fanden sich etwa 15 Bürger und 30 Funktionäre der Stadt Steyr ein. Man kann also nicht von Bürgerbeteiligung sprechen. Es gibt auch eine Vereinbarung, daß alle Fraktionen über dieses Thema diskutieren sollten. Man kann nicht alle Fragen schriftlich beantworten, man muß darüber diskutieren. Anschließend sollte ein Info-GR mit Herr Prof. Breitling stattfinden. Dadurch müßte eine hohe Bürgerbeteiligung stattfinden. Auch ich möchte einige Zeilen aus dem Schreiben des Herr Prof. Breitling zitieren: Er bedankt sich für das Schreiben vom 12.9.1995 und für das sehr aufschlussreiche Gespräch vom 18.10.1995 in unserer Fraktion. „Das Gespräch fand in einer Atmosphäre statt, die mir persönlich sehr konstruktiv vorkam. Nun sehe ich das Schicksal des Stadtentwicklungskonzeptes etwas positiver. Mit den übrigen Fraktionen des GR habe ich bisher leider noch nicht sprechen können. Es wurde bisher nur der Wunsch nach einem Gespräch von den Grünen an mich herangetragen, allerdings nur in sehr allgemeiner Form. Ich glaube, daß ich das Gespräch in der kommenden Woche durchführen kann. Noch ausständig sind die Gespräche mit der Freiheitlichen Fraktion und der SPÖ, die auch herbe Kritik an meinem Entwurf geübt haben. Die große Frage für mich ist nun die weitere Vorgangsweise. Jene Punkte, die ihre Fraktion als Änderung nannten, habe ich notiert. Ich möchte aber nicht mit der Änderung des Konzeptes beginnen, bevor ich nicht mit den übrigen Fraktionen gesprochen habe. Vom Bürgermeister als Planungsreferenten liegt noch keine Stellungnahme über die ohne Zweifel notwendigen Änderungen vor. Ich habe die Änderungen des Konzeptes derzeit ad acta gelegt und konzentriere mich auf die Arbeiten für den Flächenwidmungsplan. Zur Zeit liegt mir ein dickes Konvolut über gewidmete, aber noch nicht bebaute Grundstücke vor. Ich warte noch auf einen Terminvorschlag zur Diskussion der mit diesen Fragenkomplex zusammenhängenden Problemen. Mit den besten Grüßen, ihr Dr. Breitling“. Soviel zur Stellungnahme. Man sollte diesen Aussprachetermin bald vereinbaren. Man könnte dies im Rahmen des Bauausschusses abwickeln, ich bestehe aber nicht darauf. Ich habe auch nichts gegen die Einberufung eines neuen Ausschusses. Man muß sich nur fragen, ob es notwendig und sinnvoll ist. Es gibt, glaube ich, Probleme durch die verschiedenen Kompetenzen. Es ist sicherlich möglich, daß der Herr Bürgermeister bei diesen Fragen den Vorsitz übernimmt. Tatsache ist, daß etwas geschehen muß, und daß dieses Problem in den einzelnen Fraktionen, im GR und in der Öffentlichkeit diskutiert werden muß. Es wird noch viel Zeit vergehen, bis wir eine gute und gemeinsame Lösung finden. Es sollte eine einhellige Zustimmung zum Stadtentwicklungskonzept geben. Wir müssen mit unseren Beratungen darüber beginnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Weitere Wortmeldungen? Herr Dr. Schwager.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Ich habe mir diesen Antrag genau zu Gemüte geführt. Ich muß bei diesem Antrag aufpassen, daß ich mir selbst nicht untreu werde. Ich durfte an der ersten Vorstellung des Projektes in Vertretung eines Kollegen, teilnehmen. Bei der anschließenden Diskussion sagte ich: „Es wäre nicht schlecht, wenn wir hier einen eigenen Ausschuß hätten.“ Man kann von mir nicht erwarten, daß ich den Antrag jetzt ablehne. Ich verkenne nicht, was Herr Stadtrat Schloßgangl gesagt hat, daß es hier natürlich gewisse Kompetenzüberschneidungen geben wird. Es gibt Projekte, die in den Verkehrsausschuss, in den Finanz- und Rechtsausschuss usw. hineinspielen. Die Koordination für diesen Ausschuß wird sicher nicht leicht werden. Ich halte diesen Antrag für unterstützenswert. Ich möchte aber einen mit zwei Unterschriften unterstützten Zusatzantrag einbringen. Der Zusatzantrag lautet: ... der erste Absatz

bleibt ... Änderung: ... der Ausschuß wird mit Ende der laufenden Legislaturperiode aufgelöst ... Dieser Ausschuß soll einen Sinn bekommen. Es geht nur dann etwas voran, wenn wir Druck in Richtung Stadtentwicklung machen. Das ewige Hinhalten ist ein gutes Beispiel dafür. Ich möchte nicht über die Qualität der Arbeit urteilen, das steht mir nicht zu. Ich möchte nur bemerken, daß wir schon lange nichts mehr von ihm gehört haben. Der von Herrn Schloßgangl verlesene Brief ist eine Korrespondenz zw. der ÖVP und dem Prof. Breitling. Seiner Absicht, sich mit uns in Verbindung zu setzen, ist er noch nicht nachgegangen. Hiermit möchte ich den Zusatzantrag feierlich überreichen und ich bitte sie, darüber abzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Herr Dr. Pfeil nochmals.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich finde es bedauerlich, Herr Bürgermeister, daß sie immer erst in ihrem Schlusswort div. Fragen beantworten. Offensichtlich ziehen sie in letzter Zeit diese Methode vor. Ich habe gesagt, daß ich mich nach ihnen nochmals zu Wort melden möchte. Man kann über vieles diskutieren. Herr Schloßgangl, den Präsidiabauausschuss hat es ca. ein halbes Jahr in dieser Amtsperiode gegeben. In diesem Ausschuß wurde in letzter Zeit nichts mehr beschlossen. Es waren nur mehr Vorbesprechungen für den Stadtsenat. So habe ich diesen Ausschuß erlebt. Somit kam von mir die Forderung, diesen Ausschuß aufzulösen. Wir brauchen nicht vor einer Sitzung darüber diskutieren, wenn wir in der Sitzung wieder über dasselbe diskutieren. Ich bin etwas über die interne Korrespondenz der ÖVP mit dem Prof. Breitling verwundert. Wäre der Wunsch, des Herrn Prof. Breitling, nach einem Gespräch bis zu mir gekommen, hätte ich gerne mit ihm diskutiert. Ich war letztes Jahr aus kulturellen Gründen mit ihm zusammen. Die schriftliche Stellungnahme zu unserem Fragenkatalog ist in dieser Form nicht akzeptabel. Das ist nichts, man kann seine Schritte nicht nachvollziehen. Jeder, der sich mit der Stadtentwicklung beschäftigt, weiß, daß diese Schritte nachvollziehbar sein müssen. Ich möchte den GR nicht mit einer Vielzahl von falschen Argumenten belasten. Ein Zitat ist aber schon noch erlaubt. Ich habe ihn gefragt, wie sich die Nordspange auf den Wohnbereich Münchenholz auswirken wird. Meiner Meinung nach ist das eine schlichte und klare Frage. Es ist klar, daß so eine Verkehrsspange Auswirkungen auf einen isolierten Wohnbereich hat. Jeder Mensch weiß das und sieht es ein. Die Antwort des Herrn Prof. Breitling auf diese Frage möchte ich ihnen wörtlich verlesen:“ Die Nordspange wird zusammen mit dem Ausbau der Gußwerkstraße zu einer starken Entlastung der Haagerstraße beitragen. Dadurch ergibt sich auch eine Entlastung des Wohngebietes Münchenholz.“ Jetzt verstehe ich die Welt nicht mehr. Man führt den Verkehr zur Nordspange hin. Dann muß man auch die Auswirkungen auf die umliegenden Wohngebiete beachten. Man muß den Verkehr in den Wohngebieten so gering wie möglich halten. Er schreibt, daß der Verkehr aus dem Münchenholz wekommt. Das ist für mich einfach falsch.

Zwischenruf Bürgermeister Leithenmayr: Wieso denn? Ich sehe das anders.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist falsch. Es ist einfach falsch. Lieber Herr Bürgermeister, bevor sie mit ihrem Schlusswort beginnen, möchte ich ihnen folgendes sagen. Ich finde es wirklich traurig, daß auch sie, so wie der

Herr Bundeskanzler, nur mehr moderieren. Sie freuen sich auf den neuen Ausschuß, damit sie noch mehr moderieren können. Dieses Projekt muß endlich weitergehen. Sie sitzen jetzt relativ locker in unserer Runde. Wenn ich sie wäre, würde ich dieses Thema ernster nehmen. Man muß sich fragen, freut es sie noch nicht, oder nicht mehr. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Weitere Wortmeldungen? Herr GR Gabath bitte.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Ich möchte die Sitzung nicht unnötig verlängern. Ich möchte eine kleine Anmerkung zur Privatkorrespondenz machen. Dieser Briefwechsel resultiert aus dem regen Interesse unserer Fraktion am Stadtentwicklungskonzept. Aus diesem Grund haben wir Herrn Prof. Breitling zu einer Diskussionsrunde eingeladen, die bis in die Abendstunden dauerte. Wir hatten somit die Gelegenheit, unsere Kritik direkt weiterzugeben. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Weitere Wortmeldungen? Herr GR Vanek bitte.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Es wurde das Bürgerbeteiligungsverfahren angesprochen. Man kann es eigentlich noch nicht so nennen. Die Aufmachung des Bürger-Fragebogens war nicht sehr aufregend. Man konnte keine rege und ernsthafte Mitarbeit erwarten. Es wurde auch die Stadtsaaldiskussion angesprochen. An dieser nahmen ca. 50 Personen teil. Es kamen alleine vom Magistrat 30 Personen. Auch hier gab es bei der Ankündigung einige Fehler. Mit solchen Maßnahmen kann man die Bevölkerung nicht zur Beteiligung einladen bzw. anregen. Man muß solche Veranstaltungen ernsthaft planen und vorbereiten. Ich bin froh, daß auch die F-Fraktion Probleme bei der Kontaktaufnahme mit dem Prof. Breitling hatte. Seit September 1993 versuchen wir ihn einzuladen. Er sagte, er würde kommen, nur verlangt er S 2.500,-- inkl. Fahrtspesen. So geht es nicht. Wir erklärten ihm, daß dies seine Aufgabe sei und im Rahmen seines Honorars abzuwickeln sei. Auf diesen Hinweis hat er nicht besonders reagiert. Er ließ uns dann ein Jahr warten. Bei der Diskussion im Stadtsaal teilten wir erneut unseren Wunsch mit. Er sagte uns zu, daß er sich melden wird. Gemeldet hat er sich dann ein Jahr später. Unser Gespräch bekamen wir dann am 23.11.1995. Dieses Verhalten spiegelt sein Gesprächsinteresse wieder. Er möchte anscheinend nur mit der SPÖ sprechen. Die SPÖ hat vielleicht das Honorar bezahlt. Entschuldigung er bekam ein Essen. Ich sehe es ein, daß die Arbeit schnell erledigt werden muß. Ich finde das okay, ich werde zustimmen. Danke, das waren meine Worte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Weitere Wortmeldungen? Herr StR Holub bitte.

STADTRAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen und Kolleginnen des GR. Ich glaube, daß der vorliegende Antrag durchaus interessant ist. Er könnte uns zu einer neuen Form von Demokratie verhelfen. Ich habe nur dann ein Problem, lieber Herr Vanek, wenn sie für die Erstellung des Flächenwidmungsplans einen zweiten Ausschuß verlangen. Wir müssten uns den Antrag nochmals genau ansehen, sonst ist der Konflikt mit einem anderen Ausschuß vorgezeichnet. Wir sollten die Worte ... und Flächenwidmungsplan ... weglassen. Mit diesem Projekt ist ein anderer Ausschuß befasst. Ich möchte nicht in ihre Formulierung eingreifen. Ich halte es jedenfalls für kontraproduktiv, so ein Missverständnis in die Aufgabenstellung eines Ausschusses einzubauen. Ich möchte sie einladen, dies nachzuarbeiten, bzw. jetzt zu ändern. Einiges in unserer Stadt funktioniert nicht so reibungslos, wie es funktionieren sollte. Wir haben es geschafft, Kompetenzen so durcheinander zubringen, daß wir nun drei bis vier Referenten für dieselbe Sache haben. Daran müssten wir auch einmal denken. Wir müssen vermeiden, daß dies noch schlimmer wird. Wenn der Bürger wüsste, welches Chaos herrscht, würde er uns fragen, warum wir nichts ändern. Manche Politiker verstehen es, Kompetenzen weiterzuleiten, um selber keine übernehmen zu müssen. Wir müssen den Blick nach vorne richten und unsere Ziele genau im Auge behalten. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Weitere Wortmeldungen? Herr GR Vanek.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Ich möchte ganz kurz etwas sagen. Ich wusste nicht, daß die Planung des Flächenwidmungsplanes bereits im Bauausschuss besprochen wurde.

Zwischenruf Bürgermeister Leithenmayr: Jetzt ist er im Bauausschuss.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Das wusste ich nicht. Wenn dieses Projekt im Bauausschuss besprochen und bearbeitet wird, ist es okay. Jetzt fehlt nur mehr die Stadtplanung und -entwicklung, die wird noch nicht behandelt. Es wäre das Ziel, dieses Projekt irgendwo zu behandeln.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wird das jetzt eine Wortmeldung?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich darf nicht mehr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist natürlich ein Pech. Eines steht für mich fest - ohne ein Jurist oder Fachmann zu sein - , daß Stadtplanung, Raumordnung und Flächenwidmung ein Thema sind. Es kann nicht der Fall sein, daß im Bauausschuss die Flächenwidmung behandelt wird, wenn wir dafür einen eigenen Planungsausschuss haben. Dies möchte ich bei dieser Gelegenheit betonen. Danke, daß du auf dieses Thema aufmerksam gemacht hast, mein lieber Freund Karl Holub.

Unverständlicher Zwischenruf.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, ich stelle es nur fest. Es wurde mir erst jetzt so richtig bewußt. Man wird nicht Stadtplanung, Raumplanung und Flächenwidmung im Bauausschuss machen können. Der Bauausschuss hat eine sehr konkrete Aufgabe. Wir haben es jetzt behandelt. Es hat bis jetzt keinen anderen Ausschuß dafür gegeben. Wenn wir einen Ausschuß für Stadtplanung und -entwicklung einrichten, dann muß die Flächenwidmung in diesem Ausschuß mitbehandelt werden. Ich möchte nur noch einige Bemerkungen dazu machen. Es wäre mir lieber gewesen, wenn dieses Stadtentwicklungskonzept schneller fertig gewesen wäre. Wir hatten zu diesem Thema zweimal einen Info-GR und mind. zweimal eine Stadtsenatssitzung. Wir haben einen Fragebogen aufgelegt und eine Info-Veranstaltung im Stadtsaal veranstaltet. Es ist sehr traurig, daß die Rückmeldungen zu diesem Thema nicht sehr zahlreich waren. Dieses Thema lässt sich nicht sehr leicht an unsere Bürger herantragen. Im Stadtsaal waren meiner Meinung nach mind. 100 Personen. 70 % der Personen waren aufgrund ihrer Funktion anwesend. Es war auch hier die Beteiligung nicht sehr optimal. Mein Wunsch war es, sich noch vor dem Sommer zu entschließen. Dies war offensichtlich nicht möglich, wie wir bei der Info-Veranstaltung feststellen konnten. Man setzte eine Frist mit Mitte August. Dann kam es durch die ÖVP zu einer Fristverlängerung. Der Herr Dr. Pfeil hat seine Stellungnahme als erster abgegeben. Er sagte aber auch, daß wir sie nicht öffnen sollten. Als alle Stellungnahmen einlangten, habe ich sie gesammelt und weitergeleitet. Darum haben alle Schreiben ein unterschiedliches Datum. Die ÖVP hat den persönlichen Kontakt vorgezogen, der - wie wir wissen - auch stattfand. Unsere Fraktion konnte Herrn Prof. Breitling noch nicht begrüßen. Auch wir haben uns mit der Materie genau befasst und haben eine Stellungnahme dazu abgegeben. Ich betrachte ein Stadtentwicklungskonzept als eine Konsensmaterie. Diesen Satz habe ich heute schon einmal zu einem anderen Zeitpunkt gesagt. Man muß sich mit der Materie so lange beschäftigen, daß der Entschluß von einer breiten Mehrheit getragen wird. Mir missfällt nur die Art und Weise einer Fraktion, die solche Dinge über die Medien abhandelt. Plötzlich gab es Schreckensmeldungen wie Trasse durch den Bischofswald usw. Wir sollten so lange beraten, bis wir einen Entwurf haben, bei dem wir glauben, daß er für die Stadt richtig ist. Das würde ich sehr begrüßen. Mir wäre es auch recht, wenn wir noch mehr Bürger einbinden könnten. Wie wir in der Vergangenheit feststellen konnten, ist dies nicht sehr leicht. Wenn wir die Flächenwidmungspläne vorstellen, wird es genug Stimmen dagegen geben, oder wenn Anliegerbeiträge aufgrund des OÖ. Raumordnungsgesetz zu bezahlen sind. Dann wird dieses Thema für Leute, die dort ihr Grundstück haben, möglicherweise interessant werden. Irgendwie fühle ich mich schuldig, daß ich dieses Vorhaben in den letzten Wochen nicht forciert habe. Dadurch, daß es eine Konsensmaterie ist, ist dieses Thema zur Zeit schwer debattierbar. Wenn wir das im 1. Quartal

zusammenbrächten, wäre ich sehr froh. Dann würden wir uns damit vielleicht wieder etwas leichter tun. Herr Dr. Pfeil, es freut mich immer, da ich glaube, daß wir so ein Konzept brauchen. Wir haben bereits viel darüber diskutiert. Es war nicht leicht, darüber zu diskutieren, da der Prof. Breitling sehr in die Tiefe ging. Das nehme ich auch zur Kenntnis. Er hat viele Unterlagen, die wir im Haus nicht hatten, angefordert. Diese Unterlagen mussten erst erarbeitet werden. In manchen Bereichen brauchten wir sogar das statistische Zentralamt. Sogar die Wetterlage spielte eine Rolle. Jetzt macht der Herr Prof. Breitling seine Vorschläge und nennt sie Vorentwurf. Später wird der Vorentwurf zum Entwurf. Mir ist es noch nie passiert, daß der Prof. Breitling eine Frage nicht bis ins letzte Detail genau beantwortet hat. Das hat mir an ihm immer besonders imponiert. Ein Mensch, der sein ganzes Leben mit dieser Materie zu tun hat, der ganze Stadtviertel geplant hat, der einen Lehrstuhl über hatte usw., das sind Menschen, denen man so etwas zutrauen kann. Würden wir selber alles verstehen und können, würden wir keinen Fachmann benötigen. Ich glaube, der Herr Prof. Breitling ist sicher bereit, mit jeder Fraktion über unterschiedliche Ansichten zu diskutieren. Ich habe mir diese Stellungnahmen der Fraktionen durchgesehen. Ich habe einige Punkte gesehen, über die man sicher diskutieren muß. Er wird nicht an alles denken. Wir als Stadtverantwortliche sehen manches anders. Darüber wird man sicher diskutieren können. Dieser Diskussionsprozess muß im nächsten Jahr intensiviert werden und das Projekt zum Abschluss gebracht werden. Derzeit halte ich es nicht für möglich, hier zu einem schnellen und qualitativ hohen Ergebnis zu kommen. Das wollte ich dazu noch sagen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Weitere Wortmeldungen? Herr GR Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich gebe ihnen recht, daß man in dieser so wichtigen Frage, einen Konsens herbeiführen muß. Es steht hier für die Stadt zuviel auf dem Spiel, daß man contradictorische entscheiden kann. Hier einen Konsens zu finden, bedarf einer Menge Arbeit. Das habe ich in meiner ersten Wortmeldung zu diesem Thema gesagt. Ich verkenne es nicht, daß Kompetenzüberschneidungen entstehen können. Sollte der Ausschuß in der genannten Form installiert werden, müssen Koordinationen durchgeführt werden. Es müssen die Entscheidungen des Finanz- und Rechtsausschusses, auch dort werden Entscheidungen über den Flächenwidmungsplan getroffen, beachtet werden. Es muß sich auch der Bauausschuss mit dem Verkehrsausschuss abstimmen. Ich verstehe es auch, daß seit dem 12.10.1995 nicht viel passiert ist. Das ist für mich ganz klar. Wir haben heute ein Klima, das sogar mir verbietet, ein Mascherl zu tragen. Ich mag es nicht, wenn mich jemand kopiert. Ich werde es den Plagiatoren nicht nachtragen. Ich hoffe, daß wir nach dem kommenden Sonntag bald wieder zu einem Klima finden. Ich hoffe, daß wir Tonfälle, wie sie am 12.10. gefallen sind - ich musste damals in ein anderes Klima, nämlich nach Wien - , bald wieder ablegen können und wieder etwas sachlicher miteinander sprechen können.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Nein. Ich ersuche den Referenten um das Schlusswort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich glaube auch, daß sich dieser Ausschuß mit dem Stadtentwicklungskonzept beschäftigen soll. Es könnten natürlich viele andere Ausschüsse davon betroffen sein. Dieser Ausschuß spielt in das Soziale, in den Sport, in den Verkehr, in den Bau usw. hinein. Dieser Ausschuß hat nur einen empfehlenden Charakter. Er soll vorbereitende Arbeit leisten und dem GR einen beschlussreifen Entwurf erarbeiten. Das wäre meine Vorstellung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Über den Zusatzantrag brauchen wir nicht abstimmen. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Hauptantrag. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Übt jemand Stimmenthaltung? 2 Stimmenthaltungen (F). Ist jemand gegen diesen Antrag? Niemand. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Ich übergebe den Vorsitz an Herrn Bürgermeister Leithenmayr. Gibt es den Wunsch nach 10 Minuten Pause?

Zwischenruf Dr. Pfeil: Nein, nein!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir setzen die Sitzung auf allgemeinen Wunsch fort. Herr StR. Bremm bitte. Lüftet kurz einmal. Die Luft ist schlecht.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wertes Präsidium. In meinem Antrag geht es um eine Subvention für den ATSV-Vorwärts Steyr. Es handelt sich um eine Subvention in der Höhe von S 130.000,--. Ich ersuche um Diskussion und Abstimmung.

5) Fin-149/95 ATSV „Vorwärts“ Steyr - lfd. Subvention 1995;

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Schule und Sport vom 23. November 1995 wird dem ATSV „Vorwärts“ - Steyr zur Durchführung des lfd. Sportbetriebes 1995 eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention im Ausmaß von S 130.000,-- gewährt. Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 130.000,-- (iW Schilling einhundertdreißigtausend) bei der VAST. 1/2690/757000.9 freigegeben. Aufgrund der vom GR der Stadt Steyr in seiner Sitzung vom 21.12.1994 beschlossenen 10%igen Kreditsperre, gelangen von dem angeführten Subventionsbetrag lediglich 90 % zur Auszahlung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wird hierzu das Wort gewünscht? Ich sehe keine Wortmeldung. Ja, Herr GR Spöck bitte. Ich habe dich nicht sofort gesehen. Verzeihe mir bitte, lieber Willi.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kollegen und Kolleginnen des GR. Dies S 130.000,-- sind zwar budgetiert, mir gefällt aber der Vergleich mit anderen Vereinen nicht. Bei anderen Vereinen verlangt man entweder einen Tätigkeitsbericht oder einen Tätigkeitsnachweis. Mir persönlich wäre es lieber, wenn man auch hier einen Tätigkeitsnachweis fordern würde. Erst dann sollte man über diesen Antrag abstimmen. Diese Automatik gefällt mir nicht, wenn ich an die Budgetsituation denke. Einzelsubventionen für spezielle Projekte oder Veranstaltungen, wären aufgrund der Budgetsituation der bessere Weg.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Weitere Wortmeldungen? Herr GR Dr. Tilman Schwager.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Für uns stellt sich sicher nicht die Frage, ob Sportvereine subventionsbedürftig sind oder nicht. Das ist sicherlich der Fall. In diesem Fall fehlt jede Art von Tätigkeitsnachweis. Es fehlt auch eine Aufstellung, für welche Zwecke diese Subvention gebraucht wird. Seitdem wir hier sitzen dürfen, haben wir uns gegen die Fortschreibung von alten Subventionen gewehrt. Dieses Problem tritt immer wieder bei den Budgetverhandlungen auf. Aus diesem Grund werde ich mich der Stimme enthalten. Man darf aber nicht glauben, daß ich etwas gegen diesen Verein habe.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlusswort Herr Referent.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wertest Präsidium. Die Darstellung der Sachlage ist nicht ganz richtig. Die notwendigen Subventionsunterlagen liegen in der FA für Schule und Sport auf. Diese Unterlagen können jederzeit eingesehen werden. Sie können mir glauben, wir haben auch bei allen anderen Vereinen sämtliche Unterlagen an den Antrag angereicht. Hier in dieser Runde gibt es genügend Zeugen dafür.

Zwischenruf Bürgermeister Leithenmayr: Sonst gibt es kein Geld!

STADTRAT GERHARD BREMM:

Die ATSV betreut 10 Sektionen. In allen 10 Sektionen wird der Sport wettkampfmäßig ausgeübt. Wir haben hier Tennis, Fußball, Eishockey, Stockschießen, Eislaufen, Handball, Judo usw. In fast allen Sektionen wird die Jugend gefördert. Auch die Jugend betreibt bereits wettkampfmäßig diese Sportarten. Die für Subventionen notwendigen Unterlagen bzw. Rechnungen liegen in der FA für Schule und Sport auf. Ich hoffe, daß ich die Situation klären konnte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenstimmen? Keine. Stimmenthaltung? 2 Stimmenthaltungen (1 F, 1 ÖVP). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Nächster Berichterstatter, Herr Kollege Eichhübl.

Herr GR Walter Oppl trifft um 17.44 Uhr ein.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Im Zusammenhang mit der erfolgten Ausgliederung der GWG - Steyr hat diese nun die Büroräumlichkeiten im Objekt Färbergasse 7 bezogen. Diese Räumlichkeiten wurden zuvor von den Stadtwerken genutzt. Dieses Objekt ist im Besitz der Stadt, aber auch gleichzeitig im Sondervermögen der Stadtwerke eingetragen. Im Einvernehmen mit den Stadtwerken erklärt sich die Stadt bereit, die von der GWG genutzten Räumlichkeiten (309,7 m²) an die GWG zu veräußern. Aus diesem Grund wurde eine Bewertung durch einen Sachverständigen durchgeführt. Dieser kam zum Ergebnis, daß dieser Bau einen Wert von S 3,623.724,-- hat. Meine Damen und Herren des GR, bevor ich ihnen nun den Antrag des Stadtsenates zur Kenntnis bringe, möchte ich den Einwand vorbringen, den ich bereits im Stadtsenat vorgebracht habe. Diese Räumlichkeiten werden seit März dJ von der GWG genutzt. Meiner Meinung nach wurde es verabsäumt, eine Vereinbarung für den Zeitraum von März-Dezember, zu treffen. Es wurde verabsäumt, eine entsprechende Zahlung zu verlangen. Man hat weder Miete verlangt, noch einen gewissen Prozentsatz, auf den Kaufpreis aufgerechnet. Somit entstand der Stadt ein Einnahmenentgang von ca. S 150.000,--. Das wollte ich ihnen sagen, da ich mich für die gesamte Stadt verantwortlich fühle. Der Antrag des Stadtsenates an den GR lautet:

6) ÖAG-43/95 Erwerb von Liegenschaftsanteilen am Objekt Färbergasse 7 durch die GWG der Stadt Steyr;

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 27. November 1995 wird dem Verkauf der Liegenschaftsanteile der Stadt am Objekt Färbergasse 7, soweit diese ehemals von den Stadtwerken und nun von der GWG der Stadt Steyr GesmbH genutzt werden, an die GWG zum Kaufpreis von S 3,620.000,-- zugestimmt. Die Wohnungsgesellschaft hat zudem sämtliche Kosten der Vertragserrichtung, der grundbücherlichen Erledigung sowie alle damit im Zusammenhang stehenden Abgaben und Gebühren zu entrichten. Der Kaufpreis ist in voller Höhe binnen 14 Tagen nach beidseitiger Unterfertigung des Kaufvertrages zu entrichten. Herr Bürgermeister, ich ersuche sie um die Diskussion bzw. um die Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Ich eröffne die Diskussion. Wünscht jemand das Wort? Herr StR Holub bitte.

STADTRAT KARL HOLUB:

Dieser Antrag, meine Damen und Herren, hat zwei Facetten. Auf einer Seite haben wir den bereits angesprochenen Einnahmenentgang und auf der anderen Seite steht der Grundsatzbescheid, die GWG dort anzusiedeln. Die GWG wurde dort aufgrund einer Weisung aus dem Präsidialbereich angesiedelt. Somit waren die Wege vorgegeben. Man wollte trotz gegenteiliger Aussagen von fachkundigen Beamten die GWG dort ansiedeln. Man wollte den Willen durchsetzen, was dann auch gelang. Wenn Beamte politisieren, muß nicht immer das Beste herauskommen. Das andere ist die seit März entgangene Geldleistung. Es ist überall so, daß der Verkäufer die Forderungen stellen kann und nicht der Käufer. Ich frage mich, wo die verantwortlichen Bereichsleiter waren, während diese Übersiedlung stattfand. Es war nicht so, daß jemand überfallsartig in den Raum eingedrungen ist, sondern eine Abteilung hat den Raum freigemacht und eine andere hat ihn bezogen. Dass hier die rechtlichen Bedingungen nicht beachtet wurden, daß macht mich sehr stutzig. Dadurch wird meine Meinung über die Verantwortlichen nur bestätigt. Ich finde es traurig, daß wir zwei Direktoren brauchen, um solche rechtlichen Grundlagen zu vergessen. Vielleicht wäre es besser, wenn es nur einer wäre, dann müssten wir nur über einen die Stirn runzeln. So sind es zwei. Wir wissen alle, daß das Stirn runzeln alleine nichts nützt. Vor einiger Zeit habe ich den Herrn Bürgermeister gebeten, Schritte gegen die beiden Herren einzuleiten. Ich weiß bis heute nicht, ob daraus etwas geworden ist. Es ist nicht immer so, daß man auf jede Frage eine Antwort bekommt. Die Grundeinstellung - wir machen es schon, es wird schon gehen - , ist es, die uns Probleme schafft. Es kann nicht sein, daß politisch getroffene Entscheidungen von Beamten kritisiert werden. Die Politik hat Rahmenbedingungen zu entwickeln und aus Lösungsvorschlägen zu entscheiden. Die Politik ist nicht unbedingt der Aufsichtsrat für Personen, die ihre Pflichten nicht wahrnehmen. Das ist nicht die erste Aufgabe, es ist aber leider die realistische Wahrheit hier in Steyr. Ich kritisiere die mangelhafte Wahrnehmung der Aufgaben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Weitere Wortmeldungen? Herr Kollege Tatzreiter. Weiter Herr Kollege Tilman Schwager.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Meine Damen und Herren des GR, wertees Präsidium. Die Aussage des Herrn Holub bzgl. der Platznot trifft zum Teil zu. Ich vermerke, es gibt dort ein Sitzungszimmer, in dem vorher drei bis vier Personen saßen. Während einer Sitzung müssen 13 Personen in einem Zimmer Platz finden. Dann ist noch mein Bereich. Hier spreche ich mit den Leuten, die zu mir kommen. Ich glaube, dieser Standort ist für die GWG geeignet.

Zwischenruf von Herrn GR Spöck:

Sei doch ehrlich, Niemand ist zufrieden. Niemand!

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Der Platz wird dafür schon ausreichen, denke ich. Vorher arbeiteten 24 Personen der Stadtwerke in diesen Räumlichkeiten. Vielleicht war es damals schon ungeeignet. Über das können wir gerne diskutieren. Ich glaube, der Preis spricht auch für diese Lösung. Lieber Herr Eichhübl, ich habe im April bereits darauf hingewiesen, daß eine Schätzung durchgeführt werden soll. Mir ging seit längerer Zeit der Kaufvertrag ab. Es handelt sich hier um die Vereinbarung über den Schätzwert. Ich hatte Angst, daß man hinterher etwas bewertet, was wir bereits investiert haben. Wenn ich aus einem

Raum ausziehe, lasse ich den tatsächlichen Zustand bewerten. Du hättest die Forderung nach den S 130.000,--, die du noch nachsetzen wolltest, in den Antrag einbringen können. Ob es rechtmäßig ist oder nicht, du hättest es versuchen können. Ich habe damals auf ein Ergebnis gedrängt, mir hat alles schon zu lange gedauert.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Dr. Tilman Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Wenn man den Quadratmeterpreis für eine Eigentumswohnung in dieser Lage berechnet, sind S 18.000,-- angemessen. Es ging aus dem Amtsbericht nicht hervor, daß es sich hier um ein Wohnungseigentum handelt. Ich habe das bei Beamten, die heute hier sind, erfragt. Hier liegt natürlich ein Parifizierungsgutachten vor. Zur Überprüfung wäre es nicht uninteressant zu wissen, welcher Parifizierungsanteil zum Gesamtobjekt gehört. Das wäre eine wesentliche Voraussetzung. Ich würde empfehlen, diesen Antrag zurückzustellen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Rechnungshof hat uns darauf hingewiesen. Gibt es noch eine Wortmeldung? Nein, dann melde ich mich. Entschuldigung, Herr StR Ing. Schloßgangl. Ich habe sie auf der Liste stehen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR, wertes Präsidium. Ich habe das sogenannte Raumkonzept, das keiner kennt, in meiner Hand. Es wurde darüber auch nie diskutiert und es wurde darüber noch nie abgestimmt. Es gibt hier einige Varianten, wohin die GWG übersiedeln sollte. Es war von der Promenade, von der Färbergasse, von der Volkshochschule und von der Volksbank die Rede. Was ich in diesem Zusammenhang kritisieren möchte ist, daß die Räumlichkeiten der GWG völlig verplant sind. Es gibt Probleme bei der Abwicklung des Parteienverkehrs, den Ausschusssitzungen usw. Dies ist nur unter sehr schwierigen Bedingungen möglich. Hiefür ist fast kein Platz. Bevor es weitere Umsiedlungen gibt, sollte man dieses Raumkonzept nochmals überdenken. Die Kosten müssen auf den Tisch gelegt werden. Für jede Variante liegen geschätzte Kosten auf. Es gehört die Zustimmung des GR eingeholt. Man umgeht diese Verantwortung, indem man es als eine Angelegenheit des inneren Dienstes erklärt. Im Sinne einer demokratischen Beurteilung, müßte dies einem größeren Gremium vorgeführt werden. Somit könnten Fehlplanungen vermieden werden. Einige Personen sind etwas betriebsblind und möchten mit aller Gewalt ihre Idee durchsetzen. Der Herr Kollege Holub hat es schon gesagt, daß das für die Stadt nicht immer gut ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übergebe den Vorsitz an die Frau Vizebürgermeister.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Herrn Bürgermeister das Wort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich möchte nur zwei Bemerkungen zu diesem Thema machen. Erstens: Ich rate vom Zurückstellen dieses Antrages ab. Der Rechnungshof hat uns darauf aufmerksam gemacht, daß wir es aus steuertechnischen Gründen noch heuer machen müssen. Ich bitte sie, diese Beschlußfassung durchzuführen. Zweitens: Ich gebe zu, daß der eine oder der andere Raum für die derzeitige Verwendung etwas eng ist. Das möchte ich nicht bestreiten. In diesen Räumlichkeiten fanden vor kurzem noch 28 Personen Platz. Jetzt arbeiten nur mehr 17 GWG - Mitarbeiter auf demselben Platz. Man kann sich leicht ausrechnen, wie viel Quadratmeter jeder Mitarbeiter mehr zur Verfügung hat. Es ist vielleicht die Raumteilung nicht immer optimal. Es ist jedoch nicht gerechtfertigt, das ganze Übersiedlungsprojekt deshalb negativ zu beurteilen. Ich war bei der GWG - Eröffnung und ich hatte den Eindruck, daß die Mitarbeiter mit ihren Räumlichkeiten sehr zufrieden sind. Ich weiß nicht, was man noch tun könnte. Es gab Überlegungen, daß sich die GWG ein eigenes Verwaltungsgebäude baut. Dies wäre am Sparkassenplatz geplant gewesen. Diese Variante wäre natürlich teurer gewesen. Wir hätten auch mit den S 18.000,- rechnen können und man hätte nicht gewusst, was herauskommt. Mir persönlich ist es lieber, wenn dort eine Apotheke gebaut wird. Somit würde der Resthof nachgerüstet. Ich bin auch nicht glücklich darüber, daß wir uns überall einmieten. Unsere Philosophie muß es sein, an allen Ecken und Enden zu sparen. Wir überlegen bereits, ob wir bei den Vereinssubventionen 10 % oder 20 % streichen sollen. Bei Subventionen z.B. von S 3.000,- ist das ein sehr hoher Anteil. Man muß günstigere Varianten wählen und in eigene Räumlichkeiten ausweichen. Die Überlegung ist es, die städtischen Unternehmungen im Kommunalzentrum und die verwaltungstechnischen Abteilungen im Rathaus unterzubringen. Das muß unsere Philosophie werden. Ich vertrete diese Aussage. Mit der Zeit muß man dieser Überlegung näher kommen. Alles andere wird unwirtschaftlicher sein.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Weitere Wortmeldung? Herr GR Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des GR. Als Betroffener möchte ich auch etwas zu diesem Thema sagen. Wir treffen uns immer für Wohnungsbesprechungen in diesen Räumlichkeiten und es ist schier unmöglich dort Besprechungen durchzuführen. Ich spreche jetzt nicht vom Sitzungszimmer. Das brauchen wir im Monat 1x. Bei dieser Sitzung sitzen wir auf engstem Raum. Da trifft es nur die Arbeitenden. Wir dürfen den Parteienverkehr nicht vergessen. Man kann nicht mehr ordentlich arbeiten, wenn Familien zu Wohnungsvorbesprechungen kommen. Man kann nicht richtig miteinander sprechen. Wenn wir uns Unterlagen für Besprechungen durchsehen, haben wir keine Möglichkeit, diese auf Tische abzulegen. Wir müssen die Ordner auf den Boden legen, da kein Platz ist. Auch ich glaube, daß die Räumlichkeiten äußerst schlecht angelegt sind. Auch der Warteraum ist zu klein. Die Leute müssen hinausgehen, wenn zwei Personen in diesem Raum rauchen. Die Personen müssen dann auf der Straße warten. Es ist keine optimale Lösung gefunden worden.

GR DI Frank Mundorff verlässt um 18.00 Uhr die Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTER FRIEDERIKE MACH:

Noch eine Wortmeldung? Herr StR Tatzreiter bitte.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des GR. Ich habe es schon gesagt, daß das Problem nicht beim Warteraum liegt. In diesem Raum hätten 14 bis 16 Personen Platz. Davon kann man ausgehen. Diese Personen haben Platz, ohne daß ihnen etwas passiert. Die Sitzungssituation verkraften wir, darin liegt nicht unser Problem. Vorher haben in diesem Raum 3 Personen gearbeitet. In den jetzigen Büros der Geschäftsführer haben früher 2-3 Personen gearbeitet. In Summe waren es 5 Personen. Wir brauchen einen Sitzungsraum, der uns jetzt irgendwo fehlt. Wir könnten den Sitzungssaal als Sprechzimmer benützen, wenn wir nicht durch die Rechtsabteilung gehen müssten. Dort werden die ganzen Delogierungen bearbeitet. Ich möchte es nicht, daß da jemand durchgeht. Weiters ist es auch schwierig, da die Büros in unterschiedlichen Etagen liegen. Man kann Sprechtage und Sitzungen auch im Sitzungszimmer machen. Ich möchte nicht, daß sämtliche Personen bei den Gerichtsakten vorbeigehen. Hier muß man den Datenschutz genau beachten. Wir gehen lieber in den anderen Raum, das nehmen wir in Kauf. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Nicht der Fall. Schlusswort Herr StR Eichhübl bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich möchte nur noch einige Worte zu diesem Antrag sagen. Der Herr Kollege Tatzreiter hat hier noch immer etwas nicht ganz verstanden. Ich möchte es ihm nochmals erklären. Käufer der Liegenschaft ist die GWG und Verkäufer die Stadt. Durch die Nichtberechnung der Miete ist der Stadt ein beachtlicher Betrag entgangen. Wäre es umgekehrt, würden wir auch darüber sprechen. Ich wollte dies festhalten und dabei bin ich nicht wehleidig. Ich habe diesen Punkt auch bei der StS-Sitzung deutlich zum Ausdruck gebracht. Ich möchte noch eines zur Ehrenrettung der angesprochenen Personen sagen. Die Stadtwerke haben 5 % Zuschlag zum Kaufpreis als Abgeltung für diesen Zeitraum vorgeschlagen. Dies passierte schon vor den Verhandlungen. So wurde es mir zumindest berichtet. Dieser Punkt wurde offensichtlich von den anderen Partner nicht berücksichtigt. Die näheren Umstände kenne auch ich nicht.

Zwischenruf von StR Holub: Im nachhinein und in der Sendung „Wünsch Dir etwas“.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich muß es dir, lieber Kollege, nochmals sagen. Du weißt es sicher besser, Tatsache ist es, daß die Stadt als Verkäufer auftritt. Ich finde es traurig, daß der Stadt durch diese Maßnahme S 150.000,- entgangen sind. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltungen? Keine. Gegenstimmen? Keine. Danke. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Mein zweiter Antrag betrifft ebenfalls eine Übersiedlung. Diesmal übersiedeln die Stadtwerke. Die Stadtwerke übersiedeln von der Färbergasse in das Kommunalzentrum. In diesem Zusammenhang soll ein Vermögenstransfer stattfinden. Es hat auch der Rechnungshof auf diesen Punkt hingewiesen. Aus diesem Grund hat die

Steuerberatungskanzlei Schwarz die Stadtwerke Steyr und den Versorgungsbetriebsverbund überprüft. Wie man im Amtsbericht ersehen kann, ist es zweckmäßig, die Gebäudefläche, die von den Stadtwerken genutzt wird, festzulegen. Dieser Anteil soll vermögensmäßig dem Betriebsvermögen der Stadtwerke zugeschrieben werden. Entsprechend werden die zum Ankauf und zur Errichtung benötigten Darlehen samt den dazugehörigen Zahlungsverpflichtungen den Stadtwerken und dem Versorgungsbetriebsverbund zugeordnet. Ich möchte nun zum Antrag kommen.

7) Stadtwerke-67/95 Übersiedlung der Stadtwerke in das städt. Betriebszentrum Tabor (Kommunalzentrum), Vermögenstransfer;

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB I vom 24. November 1995 wird der nach dem flächenmäßigen und kostenmäßigen Nutzungsverhältnisses errechnete Anteil der Stadtwerke am städtischen Betriebszentrum am Tabor (Kommunalzentrum) im Ausmaß von derzeit rund 65 % den Stadtwerken gewidmet und dem Sondervermögen zugeschrieben. Nach Endabwicklung und Endabrechnung des Projektes Kommunalzentrum ist diese prozentuelle Widmung und Zurechnung im Falle einer Änderung des Nutzungsverhältnisses entsprechend zu korrigieren. Die nach der Übersiedlung freiwerdenden und freigewordenen Betriebsareale (Busgarage, Hochhaus Färbergasse, Gaswerkareal) werden zum Zeitpunkt der tatsächlichen Räumung vom Sondervermögen der Stadtwerke in das Vermögen der Stadt Steyr rückgewidmet. Die mit dieser Widmung ins Sondervermögen der Stadtwerke und des Versorgungsbetriebsverbundes verbundene buchhalterische Verschlechterung des jährlichen Betriebsergebnisses und die Abschreibung und Zinsen werden durch die Stadt Steyr im Ausmaß der jährlichen Tilgungen und Zinsen ersetzt, sofern keine Deckung im Betriebsergebnis der einzelnen Teilbereiche möglich ist. Der Magistrat der Stadt Steyr wird zur Verwirklichung dieser rechnerischen Vermögensveränderungen mit der Vornahme der dafür notwendigen buchhalterischen Vorkehrungen und Buchungen ermächtigt. Ich ersuche um die Diskussion und um die Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER FRIEDERIKE MACH:

Wer wünscht zu diesem Antrag das Wort? Herr StR. Holub bitte.

STADTRAT KARL HOLUB:

Der vorliegende Antrag ist sehr verwirrend geschrieben, somit kann man die Wahrheit, die dahinter steht, kaum noch erkennen. Ich habe bei jeder Bilanzbesprechung der Stadtwerke darauf aufmerksam gemacht, daß hier Vermögenswerte ausgewiesen sind, die auch noch in der Bilanz anderer Eigentümer stehen. Es werden Liegenschaften übergeben usw. und jetzt muß man eine Art der Sanierung für die Besitzordnung finden. Dies ist jetzt einigermaßen gelungen. Es hat aber fürchterliche Folgen für die Bilanz der Stadtwerke. Man kann nicht Liegenschaften verkaufen, ohne auch die Schuldenlasten zu übernehmen. Wenn man jetzt die Bilanz der Stadtwerke ansieht, findet man den kleinen Beisatz, daß die Kosten den Stadtwerken ersetzt werden müssen. In Wahrheit ist das ein Debakel, dessen Ausmaß nicht genug beschrieben werden kann. Die Stadtwerke haben den Charakter eines bilanzierenden Betriebes. Dies wird nicht nur wegen dem Sondervermögen gemacht, sondern weil es ein kaufmännischer Betrieb ist, der mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes geführt werden muß. Ich erkenne größere Probleme, da wir nicht wissen, wie diese Bilanz jemals ausgeglichen werden soll. Oder wird man dem Sondervermögen der Stadt zubilligen, daß sie ein negatives Eigenkapital hat, welches fast so groß wie die Bilanzsumme ist? Ich kann mir diese Geschichte nicht ganz so vorstellen. Ich bin gespannt, welche Buchhaltungslösung hier gefunden wird und welche Lösung gefunden wird, um nicht ganz das Gesicht zu verlieren. Sehr viel ist vom Gesicht ohnehin nicht mehr über.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Weitere Wortmeldungen? Herr GR Oberreiter.

GEMEINDERAT HELMUT OBERREITER:

Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren des GR. Wie dem Amtsbericht zu entnehmen ist, handelt es sich hier um eine notwendige Vermögensübertragung. Es hat sich durch die Übersiedlung eine gute Gelegenheit dafür ergeben. Es ist eine Nutzung durch die Stadtwerke gegeben. Das Sondervermögen wird bei der vollständigen Übersiedlung und bei der Rückgabe der Räumlichkeiten korrigiert. So verwirrend ist dieser Antrag nicht. Die Endabrechnung wird zu einer Korrektur führen. Es ist diese steuerliche Zweckmäßigkeit, worauf uns die Steuerkanzlei Schwarz hinwies, entsprechend durchzuführen. Meiner Meinung nach ist dies ein sinnvoller Vorgang. Es wurde mit dem Kommunalzentrum eine Einrichtung geschaffen, die für die Zukunft viele Veränderungen und Verbesserungen bringen wird. Im letzten Punkt wurde die schlechte Situation in den alten Räumen der Stadtwerke beschrieben. Mit diesem Kommunalzentrum wurde für die Zukunft etwas geschaffen und geleistet. Diese Überlegung ist eine Möglichkeit, die zu unterstützen ist. Ich denke, diesem Antrag kann man zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Weitere Wortmeldungen? Nicht der Fall. Schlusswort Herr Referent.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der Kollege, der vor mir gesprochen hat, hat mir fast das Schlusswort vorweggenommen. Es wird wirklich Zeit - ich spreche weniger die Verwaltung an, mehr die Busgarage diesen Zustand aufzuheben. Dieser Zustand wird bald aufgehoben, ein Zustand der unhaltbar ist. Der Umzug fand noch nicht statt. Er war für Ende dJ geplant. Wirklich stattfinden wird er im Jänner.

Zwischenruf: ... 1997? ...

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Nein, natürlich 1996. Ich verstehe ihre Frage, man muß ja nachfragen. Gerade was das Kommunalzentrum betrifft, ist man sehr sorglos mit Zahlen umgegangen. Es soll im Jänner der Umzug der Busgarage und der Werkstatt stattfinden. Es wird wirklich Zeit. Derzeit arbeiten die Mitarbeiter unter sehr schweren Bedingungen. Das ist vorsichtig ausgedrückt. Es gibt auch im Bereich der Werkstatt Platzprobleme. Busse bzw. Gelenksbusse müssen bei offener Garagentür repariert oder gewaschen werden. Diese Mitarbeiter haben es sich, nach so langer Zeit verdient, einen ordentlichen Arbeitsplatz zu bekommen. Das sollte man bei dieser Gelegenheit nochmals sagen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Gibt es Stimmenthaltungen? Nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Nicht der Fall. Danke, der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Mein dritter Antrag, meine Damen und Herren des GR und wertee Präsidium, betrifft eine Neuauflage der allgemeinen Bedingungen für die Versorgung mit Erdgas. Dieses Thema wurde sehr genau und ausführlich im Ausschuß für kommunale Dienstleistungen behandelt. Man kann im Antrag genau erkennen, um was es sich hier handelt. Es sollen

Abänderungen in den Punkten IV, V, VII und VIII erfolgen. Ich ersuche sie, diesem Antrag zuzustimmen. Es geht hier teilweise um technische und sicherheitsbedingte Änderungen. Aber auch um verrechnungstechnische Erneuerungen, wie z.B. die Gasabnahme. Hat man einen neuen Hausanschlusses, muß das Gas nach spätestens 5 Jahren abgenommen werden, da sonst die Leitung unterbrochen wird. Man könnte dafür aber auch eine Kautio einheben. Im Anhang hat sich ein kleiner Fehler eingeschlichen. Der Herr Dr. Schmoll hat ihn gefunden. Bei den allgemeinen Bedingungen wird oft auf Paragraphen mit dem Zusatz GBGB hingewiesen. Richtig wäre ABGB. Ich ersuche sie, dies zur Kenntnis zu nehmen. Somit kommen wir zum Antrag:

8) Stadtwerke-69/95 Städt. Gaswerk - Neuauflage der allgemeinen Bedingungen für die Versorgung mit Erdgas (Anpassung):

Der GR möge beschließen.

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 29.11.1995 sind die seit 1974 geltenden allgemeinen Bedingungen für die Erdgasversorgung den geänderte Verhältnissen anzupassen, weshalb der vorgelegten Neufassung (Abänderungen in den Punkten IV, V, VII und VIII) zugestimmt wird.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu Wortmeldungen?

Zwischenruf StR Holub: ... das ... natürlich an alle Stadtsenatsmitglieder. ... es wurde auch weitergegeben ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Und wurde es wirklich weitergegeben?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Darf ich nochmals aufklärende Worte abgeben. Dieses Werk, von dem ich sprach, hat sich der Herr Dr. Schmoll durchgesehen. Er wies auf diesen Fehler hin. Soweit ich das nachvollziehen konnte, wurde hier nur von anderen Gasunternehmungen abgeschrieben.

Ich meine die Paragraphen und die Abkürzungen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ist das jetzt richtiggestellt worden?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich meine die Paragraphen und die Abkürzungen.

Zwischenruf StR Holub: ... von deutschen Unternehmungen?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Nein, sogar von oberösterreichischen Unternehmungen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wenn dies nun geklärt ist, kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen den Antrag? Niemand. Gibt es Stimmenthaltungen? Nicht der Fall.

Wer stimmt für den Antrag?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Da haben sie jetzt den Fraktionskollegen verkehrt gezählt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich habe das übersehen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Danke Herr StR Eichhübl. Der nächste Referent ist der Herr StR Holub.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL HOLUB:

Sehr geehrte Damen und Herren des GR, wertes Präsidium. Ich möchte Ihnen den zweiten Teil der Förderungsmaßnahmen für das Jahr 1995, aus dem Referat Ortsbildpflege und Denkmalschutz, vortragen. Bitte entschuldigen Sie, daß ich nicht den ganzen Amtsbericht verlese. Ich möchte nur kurz etwas sagen. Es gibt vielleicht einige, die hier mit der Kreditsperre nicht umgehen können. Im letzten Jahr wurde mit der Finanzabteilung vereinbart, daß Förderungen in diesem Bereich um 10 % reduziert werden. Es wird nicht die einzelne Förderung gekürzt, sondern das gesamte VASSt-Volumen. Das ist der Hintergrund dieses Antrages. Ich bitte Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben. Ich persönlich mache mir Sorgen um die Zukunft. Wenn wir diesen Kurs weitergehen, werden wir gerade die begonnenen Projekte ausfinanzieren können und dann wird es zu einer schöpferischen Pause kommen. Man kann nicht sagen, daß das Referat als Dienstleister wertlos wird. Nein, im Gegenteil. Der Herr Kaiser und seine Mitarbeiter sind sehr gute Fachleute, die ihr Know-how gut weitergeben können. Es ist nur schade, daß uns in diesem Bereich keine großen Geldmittel zur Verfügung stehen. Meine Bitte an die Bevölkerung ist: Bitte verstehen Sie auch die beratende Tätigkeit unserer Fachleute. Es wäre natürlich schöner, wenn wir weiterkommen würden, aber die Budgetsituation unserer Stadt ist schlecht. Der Antrag lautet:

9) K-1/95 Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1995 - 2. Teil „Innere Stadt“ und „Ennsdorf“ - „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“:

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III vom 31. Oktober 1995 werden für die Subventionierung von Maßnahmen zur Ortsbildpflege Mittel wie folgt freigegeben:

A) „Innere Stadt“ und „Ennsdorf“: S 1.386.108,00

B) „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“: S 628.688,00

insgesamt: S 2.014.796,00

Für diesen Zweck wird bei der VASSt 5/3630/778000.0 ein Betrag von S 1.034.796,00 freigegeben und eine Kreditübertragung von der VASSt 5/3630/778010.9 auf 5/3630/778000.0 im Ausmaß von S 530.000,00 und eine Kreditübertragung von der VASSt. 5/3630/776000.2 auf 5/3630/778000.0 im Ausmaß von S 450.000,00 bewilligt. Die angeordnete Kreditsperre von 10 % ist darin bereits berücksichtigt. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es hier Wortmeldungen? Nicht der Fall. Dann können wir zur Abstimmung kommen. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gibt es Stimmenthaltungen? Nicht der Fall. Gegenstimmen? Nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke. Herr StR Ing. Schloßgangl bitte.

Herr GR Klaus Jansky verlässt um 18.25 Uhr die Sitzung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR, wertee Präsidium. In meinem ersten Antrag geht es ...

Zwischenruf Vizebürgermeisterin Friederike Mach: Es ist der erste und letzte Antrag.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Nein, nicht erste und letzte Antrag. Ich habe eine Reihe von Anträgen. Oh, ich habe doch nur einen Antrag. Kleine Korrektur, ich möchte meinen ersten und letzten Antrag vorbringen. Ich habe heute so eine dicke Mappe mit. Dann komme ich jetzt zum Antrag:

10) GemKan-102/94 Kanalanschlussgebührenordnung Novellierung zum 1. Jänner 1996;

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 30. November 1995 wird die in der Anlage beigeschlossene Verordnung, betreffend die Änderung der Kanalanschlussgebührenordnung der Stadt Steyr, genehmigt. Die Verordnung tritt am 1. Jänner 1996 in Kraft und ist durch Anschlag an der Amtstafel der Stadt Steyr kundzumachen. Ich bitte um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Herr StR Eichhübl bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Wertee Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Dieser Antrag hat beinahe eine Odyssee hinter sich. Er feiert fast seine Wiedergeburt. Am 7. Juli 1994 hat sich der GR bereits mit diesem Antrag beschäftigt. Ich sage das deshalb, weil er

damals als Dringlichkeitsantrag in den GR einging. Damals habe ich darauf hingewiesen, daß keine Dringlichkeit besteht. Es war genug Zeit, um sich mit dieser Materie zu beschäftigen. Am 16.5.1994 erging eine Information des LR Achatz an alle Bürgermeister und Mandatäre. Diese Information hat auf die Problematik der Anhebung hingewiesen. Damals waren zwei Anträge in einem verpackt. Auf einer Seite war die Kanalbenützungsgebühr und auf der anderen Seite die Kanalanschlußgebühr. Ich habe damals die Zweiteilung des Antrages verlangt. Wir sind davon ausgegangen, daß man über die Kanalbenützungsgebühr reden kann. Wir konnten aber der enormen Erhöhung der Kanalanschlußgebühr nicht zustimmen. Es geht aus dem Antrag hervor, daß wegen eines Irrtums dieser GR-Beschluß nie vollzogen hätte werden können. Das ist ein Fehler, der durchaus passieren kann. Ich möchte nochmals sagen, daß damals kein Dringlichkeitsantrag notwendig gewesen wäre. Wir werden diesem Antrag - so wie damals - nicht unsere Zustimmung geben. Der Herr Kollege Schloßgangl hatte auch damals die unangenehme Aufgabe, diesen Antrag vorzutragen. Er musste diesen Antrag heute wieder vortragen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es dazu noch eine Wortmeldung? Herr GR Lengauer.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des GR. Ich möchte eine kurze Anfrage zu diesem Antrag stellen. Es steht in diesem Antrag, daß dadurch noch keine Nachteile für die Stadt entstanden sind. In den Nachrichten konnte man aber folgendes lesen. Zitat-Hackl: Um 100 %ig sicher zu sein, müssten alle Akten durchgesehen werden. Dies sei aber zu arbeitsintensiv. Hackl ist trotzdem sicher, daß der Stadt dadurch kein Schaden entstanden ist. Ich frage mich, wie genau wurde nachgeschaut, ob der Stadt wirklich kein Schaden entstanden ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Nicht der Fall. Aufklärung? Es wird alles aufgeklärt.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Es kommt schon, lass dir Zeit. Der Kollege Eichhübl hat erklärt, daß ich jetzt die unangenehme Aufgabe habe, diesen Akt wieder vorzutragen, nachdem er wieder auferstanden ist. So unangenehm ist es nicht. Was passiert ist, ist passiert. Die Dringlichkeit war damals deshalb gegeben, da vom Land die Kanalgebühr vorgeschrieben wurde. Einige Tage später war der GR. Dieser Antrag wäre sonst nicht mehr auf die Tagesordnung gekommen. Als Frist wurde der 1. Juli festgesetzt. Deshalb nahm man dafür die Dringlichkeit in Anspruch. Zur Frage des Herrn Lengauer möchte ich folgendes sagen. Ich würde den zuständigen Beamten bitten, dazu etwas zu sagen. Ich kann diese Frage nicht beantworten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herr Dr. Schmidl bitte.

MAGISTRATSDIREKTOR DR. KURT SCHMIDL:

Sehr geehrte Damen und Herren des GR, wertes Präsidium. Wenn sie diesen Antrag aufmerksam gelesen haben, haben

sie sicherlich festgestellt, daß wir im letzten Jahr beschlossen haben, daß die Christkindlsiedlung aufgeschlossen wird. Im letzten Jahr war die Christkindlsiedlung eine einzige große Kanalbaustelle. Der Grund für die Auslassung der Erhöhung der Kanalanschlußgebühren in der Christkindlsiedlung war der, daß die ganze Siedlung einen gesonderten Kanalanschlußgebührensatz hat. Von mir werden sie nie hören, daß es zu teuer ist, in Akten nachzusehen. Herr GR Lengauer, ich weiß nicht, von wem sie diese Aussage haben. Das ist keine Aussage von mir. Wir können die Akten durchsehen, bei denen Kanalanschlüsse durchgeführt wurden, die nicht die Christkindlsiedlung betreffen. Alle Akten über die Christkindlsiedlung auszugraben, wäre eine verlorene Zeit bzw. Arbeit.

Zwischenruf: ... aber die anderen Akten ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir werden die anderen Akten - außer die Christkindlaktten - durchsehen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Bitte, wer ist am Wort, Herr Bürgermeister?

Zwischenruf: ... ist gut ...

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Laut Aussage des Herrn MD Schmidl ist kein Schaden entstanden.

Zwischenruf Vbgm. Mach: ... vermutlich ist kein Schaden entstanden ...

MAGISTRATSDIREKTOR DR. KURT SCHMIDL:

Es ist ein Teil der Verordnung vorgelesen worden. Ich habe nicht die gesamte Verordnung verlesen. Es wurden die Fixbeträge für den Quadratmeter kundgemacht. Es wurde nur der Mindestsatz nicht kundgemacht. Auch bei jenen Anschlüssen, die nicht in der Christkindlsiedlung gemacht wurden, erfolgten Verschreibungen. Diese erfolgten nach den Fixsätzen pro Quadratmeter. Diese Akten muß man sich herausuchen. Vermutlich ist der Stadt durch die mangelhafte Verschreibung kein Schaden entstanden.

Unverständlicher Zwischenruf.

MAGISTRATSDIREKTOR DR. KURT SCHMIDL:

Liebe Mitglieder des GR, ich habe ihnen schon gesagt, daß wir jene Akten durchsehen können, wo in den letzten 1 ½ Jahren eine Kanalanschlußgebühr vorgeschrieben wurde, die nicht die Christkindlsiedlung betreffen. Dann kann man genau sagen, ob ein finanzieller Schaden entstanden ist oder nicht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Es ist unsere Aufgabe. Die Durchsicht wird gemacht.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Ich verstehe es nicht, warum es nicht gemacht wurde. Man weiß noch nicht, ob ein Schaden entstanden ist. Man wird das prüfen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir schauen nach, ob ein Schaden entstanden ist. Nun kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Zwischenruf: Weiter abstimmen!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gegenstimmen? 6 Gegenstimmen (F). Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Danke Herr StR Schloßgangl, der nächste Berichterstatter ist Herr StR Spanring.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. In meinem ersten Antrag geht es um den Mitgliedsbeitrag, der Stadt Steyr beim Reinhaltungsverband.

11) Fin-232/95 RHV Steyr und Umgebung Rechnungsabschluß 1994 Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr;

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des beiliegenden Rechnungsabschlusses des RHV Steyr und Umgebung für das Jahr 1994 wird der Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr an den RHV Steyr und Umgebung in der Höhe von S 30.658.302,65 (Betriebskostenanteil: S 14.347.853,35, Investitionskostenanteil: S 16.310.449,30) zur Kenntnis genommen und der Auszahlung eines Restbetrages in der Höhe von S 20.959.302,65 (S 30.658.302,65 abzüglich Akontozahlung von S 9.699.000,--) zugestimmt (alle Beträge exkl. MWSt.). Zu diesem Zweck wird bei der VASt. 1/8110/774000.1 eine Kreditübertragung (von VASt. 1/5620/751000.9) in der Höhe von S 3.692.000,-- sowie eine Kreditüberschreitung in der Höhe von S 3.554.000,-- genehmigt und gleichzeitig ein Betrag in der Höhe von S 17.314.000,-- freigegeben. Im Gegenzug wird bei der VASt. 5/8110/774000.2 der Ansatz um einen Betrag von S 353.000,-- verringert sowie ein Betrag in der Höhe von S 3.647.000,-- freigegeben. Die Deckung der Kreditüberschreitung erfolgt aus Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln.

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Keine. Stimmenthaltung? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Den nächsten Antrag bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Danke. In meinem zweiten Antrag geht es um die Kontierung der Schadensregulierung. Aufgrund der heurigen Schadensfälle wurde dieses Konto bis auf S 12,-- ausgeschöpft. Da noch die Begleichung eines Schadensfalles aussteht, soll dafür eine Kreditübertragung, in der Höhe von S 50.000,-- vorgenommen werden. Aufgrund des Amtsberichtes wird die Kreditübertragung auf die VAS 1/0990/768000.2 bewilligt.

12) Pers-130/95 Antrag auf Kreditübertragung:

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Personalverwaltung wird die Kreditübertragung von der VAS 1/0110/728000.6 in Höhe von S 50.000,-- auf die VAS 1/0990/768000.2 bewilligt. Wegen der Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr, LGBl. 9/1992, zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Herr GR Spöck.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kollegen und Kolleginnen des GR. Der Grund meiner Wortmeldung ist, unter Umständen Folgewirkungen auf Präzedenzfälle zu vermeiden. Hier geht es um einen Schaden in der Höhe von S 61.370,--. Der Vergleich ergab eine Schadenshöhe von S 40.870,--, beim betroffenen Dienstnehmer. Dazu kommen noch Mehrkosten für Malusrückstufung S 2.304,-- und Bankzinsen S 4.971,--. Das ergibt einen Betrag von S 48.145,--. Es steht im Amtsbericht, daß ein Privat-PKW, wenn er für dienstliche Zwecke verwendet wird, wie ein Dienstwagen zu behandeln ist. Nach sinngemäßer Anwendung des Dienstnehmerhaftpflichtgesetzes und nach Klärung der Schuldfrage, ist der Schaden vom Dienstgeber zu bezahlen. Bzgl. Malusstufe und Mehrkosten der Versicherung gibt es lt. Personalreferat keine einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen. Ein Rechtsauskunftersuchen hat ergeben, daß keine obergerichtliche Entscheidung vorliegt. Der FAL hat sich in Wien, im Zuge eines Seminars, bei Herrn Prof. Schrank über dieses Thema erkundigt. Dieser äußerte, daß der gesamte Schaden zu ersetzen sei. Dies könnte wirklich ein Präzedenzfall werden. Es werden nun die Schadenskosten und die zusätzlichen Mehrkosten vom Dienstgeber bezahlt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Dieser Fall steht jetzt nicht zur Debatte. Wir können gerne über diesen Fall diskutieren. Ich war nicht dafür, ich war der einzige, der dagegen war.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herr StR Holub. Nein, doch nicht. Nächste Wortmeldung Herr StR Spanring.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Bei diesen S 50.000,- handelt es sich nicht um den geschilderten Vorfall. Der Fall, den du angesprochen hast, der wird nicht von dieser VASt. bezahlt. Die VASt. war ausgeschöpft und nun ist der Topf mit diesen S 50.000,- aufgefüllt worden, um weiteren Fällen vorzubeugen. Es geht jetzt nicht um den angesprochenen Fall. Es geht hier um die S 26.000,- aus dem Fall Graben, wenn ich das so sagen darf. Dieser Betrag ist aus diesem Topf zu bezahlen. Den Fall, den du angesprochen hast, der wird aus dem Topf des RHV's beglichen.

Unverständlicher Zwischenruf.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Doch! Der Herr Dr. Pfeil war sehr aufgebracht, daß dieser Fall im StS beschlossen wurde. Obwohl die S 50.000,- nicht am Konto waren. Dieser Fall steht jetzt nicht zur Diskussion. Der ist im StS schon behandelt worden. Es wurde gesagt, daß dieser Betrag vom RHV zu begleichen sei.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich glaube, sie verwechseln etwas. Der Antrag im Stadtsenat hat diese S 50.000,- behandelt. Das sind zwei Paar Schuhe.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Ich verwechsle jetzt nichts. Der Herr Kollege Spöck hat diesen Fall zur Sprache gebracht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich glaube, sie haben etwas verwechselt.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Nein, ich habe nichts verwechselt. Dieser Fall hat mit den S 50.000,- nichts zu tun. Es haben die S 26.000,- mit diesem Fall etwas zu tun.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Da bleiben dann S 24.000,- über.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Die bleiben dann in diesem Topf. Statt S 12,-- sind jetzt S 24.000,-- drinnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Kommen wir jetzt zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen. Übt jemand Stimmenthaltung? 7 Stimmenthaltungen (F). Ist jemand gegen den Antrag? Niemand. Danke, der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Ich übergeben den Vorsitz an den Herrn Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz. Wir kommen zum Punkt 13), ich bitte um den Vortrag.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Im nächsten Antrag geht es um eine Neubesetzung der Disziplinarcommission.

13) Präs-11/94 Änderung in der Zusammensetzung der Disziplinaroberbehörde;

Der GR möge beschließen:

Durch das Ausscheiden von StR Dkfm. Mag. Zagler wird mit sofortiger Wirksamkeit bis einschließlich 31.12.1996 Herr StR. Ing. Spanring zum Mitglied der Disziplinaroberkommission gem. § 76 StGBG bzw. als stadträtlicher Beisitzer für sämtliche Berufungssenate gem. § 77 StGBG der Disziplinaroberkommission bestellt. Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gibt es Gegenstimmen? Keine. Übt jemand Stimmenthaltung? Niemand. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Wir kommen zum Punkt 14).

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Im nächsten Antrag geht es um den Erholungsurlaub. Der Begriff Erholungsurlaub stimmt für mich nicht ganz. Der § 36 des in Kraft stehenden Statutartgemeindenbeamtengesetzes, für die Beamten der Stadt Steyr regelt grundsätzlich den Erholungsurlaub. Eine Novellierung in diesem Paragraph ist seit dem Inkrafttreten im Jahre 1956 nicht erfolgt. Lediglich Bürgermeisterverfügungen bzw. GR-Beschlüsse brachten eine Anpassung an die jeweils neueren Urlaubsbestimmungen des Bundes bzw. des Landes. Nunmehr hat das Land OÖ, das OÖ. Landesbeamtengesetz 1993 mit der Nr. 11 vom 28. Februar erlassen, in dem eine moderne Urlaubsregelung auf landesgesetzlicher Ebene für die Landesbeamten geschaffen wurde. Die wesentliche Veränderung liegt darin, daß das Land OÖ - so wie es auch beim Bund erfolgt ist - bei der 5 Tage-Woche zusätzliche Feiertage, die an einen Samstag fallen, nicht mehr anerkennen.

14) Präs-493/95 Erholungsurlaub;

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Personalverwaltung werden die §§ 71,72,73,74,75,76,77,78,79 und 80 des Landesbeamtengesetzes, LGBl. 11/94 in der geltenden Fassung, für die Beamten der Stadt Steyr und somit im Sinne der Vertragsbedienstetenordnung auch für die Vertragsbediensteten der Stadt Steyr sinngemäß für anwendbar erklärt. Der § 36 Abs. 5 des Statutargemeinden-Beamtengesetzes bleibt in der Fassung des Landesgesetzes für die Statuargemeinden weiterhin in Kraft. Im Statutargemeinden-Beamtengesetz bzw. in der VBO enthaltene bzw. mit GR-Beschluß vom 23. Mai 1978 in Kraft gesetzte Urlaubsregelungen (Bundesregelung) sind mit dem Inkrafttreten der neuen Bestimmungen nicht mehr anwendbar. Die Wirksamkeit sämtlicher vorgezeichneter Maßnahmen wird mit 1. Jänner 1996 festgelegt. Ich ersuche um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht das Wort zu diesem Antrag? Herr GR Gollatsch.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Sehr geehrte Damen und Herren des GR, wertes Präsidium. Nun geht es in die Kerbe; was steht wo? Es wird langsam mühsam, Amtsberichte zu lesen, die man interpretieren kann und die inhaltlich nicht ganz in Ordnung oder überhaupt ganz falsch sind. Hier geht es um den Urlaubsanspruch gem. Landesbedienstetengesetz. Es wird davon gesprochen, daß die Bestimmungen von den Bundesbestimmungen abgeleitet werden. Auf der zweiten Seite ist die Rede davon, daß die wesentliche Änderung so aussieht, daß das Land OÖ - so wie dies auch beim Bund erfolgt ist - bei der 5 Tage-Woche die zusätzlichen Urlaubstage für auf Samstag fallenden Feiertage nicht mehr rechnet. Bitte berichtigen sie mich jetzt. Ich kenne das Beamtendienstrechtsgesetz, dies gilt für den Bund. In diesem Gesetz ist diese Regelung nicht geändert worden. In der Fassung 1995 wurde dies noch nicht geändert. Ich habe hier eine Ablichtung. Ich kann diese Stelle vorlesen. Für Erholungsurlaub bei 5 Tage-Woche ist der § 66 des Beamtendienstrechtsgesetzes anzuwenden. Ist das Urlaubsausmaß des Beamten auf Arbeitstage umzurechnen und fällt während seines Erholungsurlaubes ein gesetzlicher Feiertag auf einen Samstag, so hat er Anspruch auf einen zusätzlichen Urlaubstag. Der Anspruch auf einen zusätzlichen Urlaubstag besteht auch dann, wenn ein Samstagfeiertag an das Ende eines 5 Tage dauernden Erholungsurlaubes anschließt. Das war ein Auszug aus dem Beamtendienstrechtsgesetz. Die Bestimmungen beim Bund wurden nicht geändert.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich kenne das aber etwas anders. Wir gehen vom Landesbedienstetengesetz aus. Herr StR. Spanring bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Nehmen sie die Meldung des Herrn Gollatsch hin. Der Bund hat es, das Land aber nicht. Da gebe ich euch recht. Ich ersuche trotzdem um Zustimmung, auch wenn es der Bund hat. Walter, du wirst hoffentlich nicht den ganzen Bericht in Frage stellen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es wurde ausdrücklich so gesagt. Wir kommen zur Abstimmung. Wir haben dieses Thema im Personalbeirat sehr lange diskutiert. Unsere Urlaubsbestimmungen werden dem Landesgesetz angepasst. Würden wir das nicht tun, tritt eine uralte Bestimmung in Kraft, daß der Urlaub nur 14 Tage dauern würde. Das will auch niemand. Es gibt auch bei den Verträgen in der Wirtschaft Änderungen. Die 5 Tage-Woche ist jetzt beinahe überall. Weiters wurde das Urlaubsausmaß erhöht. Zu diesem Thema gibt es auch ein Urteil des Höchstgerichtes.

Zwischenruf: Warum gibt es die 5 Tage-Woche?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bei uns gibt es die 5 Tage-Woche. Alle Personen, die an einem Samstag arbeiten, haben diesen Urlaubstag. Das ist klar. Das ist eine komplizierte Materie, die bereits ausführlich diskutiert wurde. Die Erläuterungen dazu waren eindeutig. Wir können das nicht anders machen. Ich bitte um die Abstimmung.

Zwischenruf: Denken wir nicht an den Erholungsurlaub, ... Gebührenurlaub.

Zwischenruf Frau Vbgm. Mach: Das ist aber kein Gebührenurlaub.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

In diesem Fall ist es dasselbe. In diesem Fall nennt man es Erholungsurlaub. In Kollektivverträgen spricht man vom Gebührenurlaub. Offensichtlich wurde hier der Amtsbericht doch missverständlich formuliert. Kann ein anwesender Jurist erklärende Worte verlautbaren?

Zwischenruf: Alphi!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Amtsbericht sei missverständlich formuliert, laut Aussage des GR Gollatsch. Bitte erkläre uns die Situation.

PRÄSIDIALLDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Ich habe das Bundesrecht nicht geprüft. Es wurde von uns nur das Landesrecht geprüft. Das Landesrecht enthält jedenfalls diese Regelung nicht mehr. Ob das Bundesrecht diese Regelung noch enthält oder nicht, habe ich, ehrlich gesagt, nicht im Kopf, es ist aber auch nicht relevant da unsere Bestimmung ...

Zwischenrufe.

PRÄSIDIALLDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Das mag schon sein.

Zwischenruf GR Gollatsch: Das ist so - nicht mag schon sein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also, unsere Urlaubsbestimmungen heben sich von den Bestimmungen des Landes ab. So wurde das im Personalbeirat interpretiert. Auch wir müssen die erfolgte Änderung berücksichtigen. So war die Interpretation. Ist das richtig, Herr Dr. Alphasamer? In diesem Sinne haben wir den Antrag inhaltlich abgefasst. Es kann sein, daß auch das Bundesgesetz mitinterpretiert wurde. Es kann auch eine falsche Interpretation sein. Das hat aber keine Auswirkungen auf die inhaltliche Gestion des Antrages.

Zwischenruf StR Eichhübl: Es kennt sich keiner aus!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir kommen nun zur Abstimmung. Der Amtsbericht ist für die Abstimmung nicht relevant.

Zwischenruf StR. Ing. Spanring: Relevant ist die Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Amtsbericht ist nicht relevant. Ich komme zur Abstimmung. Vielleicht könnten wir uns einigen.

Unverständlicher Zwischenruf.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Du drehst dich einfach um, lieber Freund. Ich habe mich bemüht, die Diskussion im Personalbeirat wiederzugeben. Alle unsere urlaubsrechtlichen Bestimmungen wurden vom Landesrecht abgeleitet. Da sich im Landesrecht eine Änderung ergeben hat, möchten wir nachziehen. Das ist der Inhalt des Antrages. Das wurde im Personalbeirat so beschlossen.

Unverständlicher Zwischenruf.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die Interpretation ist klar, nur der Amtsbericht ist nicht eindeutig. Auch die Position des Herrn Gollatsch ist nicht klar.

Zwischenruf StR Ing. Spanring: Es wird über den Antrag abgestimmt!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Könnten wir uns jetzt etwas konzentrieren, damit die Abstimmung durchgeführt werden kann. Wer dem Antrag zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen.

Zwischenruf: Antrag zurückstellen!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, warum sollten wir diesen Antrag zurückstellen? Das kann ich auch noch machen. Ich habe zu erklären versucht, daß der Antrag inhaltlich klar ist.

MAGISTRATSDIREKTOR DR. KURT SCHMIDL:

Nach § 19 Abs. 4 ist es Geschäftsordnungsantrag.

PRÄSIDIARDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Es ist ein Geschäftsordnungsantrag und dieser unterliegt der 2/3 Mehrheit. Mit einer 2/3 Mehrheit ist dieser Geschäftsordnungsantrag nach unserer Geschäftsordnung zulässig.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Jetzt haben wir eine Debatte zur Geschäftsordnung. Bitte Herr Kollege Schwager. Es gefällt mir, daß er nun das Rednerpult aufsucht, da seine Stellungnahme sonst nicht aufgenommen werden kann.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Einige Worte zur Geschäftsordnung. Es wird nicht über den Amtsbericht abgestimmt, sondern über den Antrag. Im Antrag ist dieses missverständliche Wort nicht enthalten, darum können wir ohne Sorgen darüber abstimmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bekommen wir noch eine weitere Interpretation? Ich habe versucht, diesen Umstand zu erklären. Ich bin kein Doktor, bei mir waren dieselben Worte nicht so wirkungsvoll. So ist das Leben. Wir stimmen über den Antrag zur Zurückstellung ab. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen.

Zwischenruf Vbgm. Dr. Pfeil: ... er stimmt selber dagegen ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wie viele Stimmen gibt es für die Zurückstellung? 5 Stimmen (SPÖ). Wer stimmt dafür, daß der Antrag, wie vorgesehen

behandelt wird? Der Rest. Danke, das ist die Mehrheit. Der Geschäftsordnungsantrag ist abgelehnt. Wir stimmen nun endlich über den Antrag Nr. 14 ab. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Gegenstimmen? 3 Gegenstimmen. (SPÖ). Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall, somit ist der Antrag mit Mehrheit angenommen. Wir werden nun den Dringlichkeitsantrag behandeln, über den wir zu Beginn der Sitzung gesprochen haben. Ich möchte darauf hinweisen, daß bereits inhaltliche Debatten darüber abgehalten wurden. Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort? Der Herr Referent vielleicht? Herr Kollege Vanek.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Eigentlich bin ich nicht im Wohnungsausschuß, und ich habe keine Verhandlungen über die Vergabeordnung geführt. Ich habe mich aber mit meinem Kollegen abgesprochen. Er hat darauf hingewiesen, daß es Unklarheiten gibt, z.B. unter § 2 Wohnungswerber. Es gibt den Begriff „de facto Flüchtling“. Diese Personen sind keine Gastarbeiter und keine Konventionsflüchtlinge. Diese Personen sind Flüchtlinge, meist aus dem bosnischen Raum, sie kann man nicht in diese zwei Gruppen einordnen. In der Vergabeordnung steht dieser Begriff nicht, dh, daß bosnische Flüchtlinge keine Berücksichtigung bei der Wohnungsvergabe finden würden. Grundsätzlich stimmen wir diesem Antrag zu. Es kann keine 100%ige Objektivität geben. Es liegt im Ermessen des Wohnungsausschusses, den sozialen Anspruch so hoch wie möglich anzusetzen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Weitere Wortmeldung? Herr StR Tatzreiter.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Es ist noch nicht mein Schlusswort. Nein, ich habe mich nur zu Wort gemeldet.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Kein Schlusswort! Es kann kein Schlusswort sein. Es ist eine normale Wortmeldung. Wenn ihr alle noch reden möchtet, dann kann das noch nicht das Schlusswort sein.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Ich möchte auch etwas zum § 2 der Wohnungsvergabeordnung sagen. Flüchtlinge, die lt. diesem Punkt nicht berücksichtigt werden können, haben wir nie sehr streng von den Flüchtlingen lt. Konvention getrennt. Das haben wir nie gemacht. Dafür gibt es genug Bestätigungen. Diese zusätzliche Anmerkung brauchen wir nicht, da sie für uns als Flüchtlinge zählen. Personen, die aus politischen Gründen vertrieben wurden, sind für uns auch Flüchtlinge. Es wird nicht nachgeschaut, ob es der Genfer Konvention entspricht. Es freut mich, daß sie nochmals Rücksprache gehalten haben, da der Kollege Apfelthaler nicht da ist. Wir waren uns ansonsten aber einig. Er sagte, er stimmt dem Antrag zu. Es ist ihm dieser Punkt abgegangen. Da haben wir aber nie einen Unterschied gemacht. Ich bitte um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Nicht der Fall. Dieser Punkt konnte aufgeklärt werden. Wir kommen nun zur Abstimmung.

Zwischenruf: Schlußwort?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein. Heute verwirrst du mich laufend, lieber Kollege Gollatsch. Ich möchte heute mit dir keine Doppelkonferenz führen. Wir kommen zur Abstimmung über diesen Dringlichkeitsantrag. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenstimmen? Keine. Stimmenthaltung? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich möchte mich dafür herzlich bedanken. Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Wir kommen zur Aktuellen Stunde. SPÖ hat keinen Themen. Gibt es Themen der F-Partei?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke, nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es Themen der ÖVP Fraktion? Nein. Gibt es Themen von Seiten der Grünen? Nicht der Fall. Damit sind wir am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Wir haben heute Ausgaben von S 26.775.800,-- beschlossen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben zwar heute das Budget nicht beschlossen, es ist aber trotzdem die letzte Sitzung in diesem Jahr. Trotz kurzer Tagesordnung hat die Sitzung lange gedauert. Ich danke ihnen für die Teilnahme an dieser Sitzung. Ich wünsche ihnen einige entspannende Tage, Ruhe und Frieden. Ich hoffe, daß das nächste Jahr ein hohes Ausmaß an Gemeinsamkeit hat, und daß wir ein Budget beschließen und viele andere Dinge, die für die Stadt notwendig sind. Natürlich ist auch die Gesundheit jeder Person wichtig. Ich wünsche euch alles gute für das nächste Jahr. Ich wünsche mir für das nächste Jahr, auch eine Gute Zusammenarbeit. Mit diesen Worten möchte ich diese Sitzung endgültig schließen.

Ende der Sitzung: 19.10 Uhr

BÜRGERMEISTER

Hermann Leithenmayr eh

PROTOKOLLPRÜFER:

GR. Anna Jeloucan eh

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR. Anton Obrist eh

PROTOKOLLPRÜFER:

GR. Dieter Götz eh

PROTOKOLLFÜHRER:

Andrea Garstenauer eh